Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 1831

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
AB — 31109 — 2967/60

Bonn, den 9. Mai 1960

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 11. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und französischer Sprache sowie eine Denkschrift zu dem Vertrag sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 218. Sitzung am 6. Mai 1960 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 11. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 11. Juli 1959 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg nebst Notenwechsel wird zugestimmt. Der Vertrag nebst Notenwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Rechte und Pflichten der nach Artikel 5 des Vertrages Berechtigten richten sich nach den im Geltungsbereich dieses Gesetzes geltenden Vorschriften, soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt.

(2) Von den Versicherungszeiten nach Artikel 5 des Vertrages stehen bei Anwendung der im Geltungsbereich dieses Gesetzes geltenden Vorschriften

a) die zwischen dem 30. September 1940 und dem 1. Oktober 1944 zurückgelegten Beitragszeiten den nach Reichsrecht im Bundesgebiet zurückgelegten Beitragszeiten,

b) die vor dem 1. Oktober 1940 oder zwischen dem 30. September 1944 und dem 1. Januar 1946 zurückgelegten Beitragszeiten den nach dem 30. Juni 1945 bei einem außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes befindlichen deutschen Träger einer gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegten Beitragszeiten

gleich. Hierbei bleiben Bestimmungen außer Betracht, nach denen die Vorschriften über die Behandlung von außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes zurückgelegten Beitragszeiten und diesen gleichgestellten Zeiten auf Versicherungszeiten nicht anwendbar sind, die nach innerstaatlichen Rechtsvorschriften eines Staates, für den ein auch für die Bundesrepublik Deutschland verbindliches allgemeines Abkommen über Sozialversicherung wirksam ist, in einer Rentenversicherung dieses Staates anrechnungsfähig sind. Die Beitragszeiten nach Buchstabe b sind für die Anwendung der Vorschriften über die Gewährung von Leistungen bei Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes wie im Geltungsbereich dieses Gesetzes zurückgelegte Beitragszeiten zu behandeln.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch dann, wenn der Versicherungsfall vor dem 1. Januar 1959 eingetreten ist.

(4) a) Von dem nach Artikel 3 des Vertrages zu zahlenden Betrag von 35 Millionen DM wird ein Betrag von

2,000 Millionen DM	vom Bund,
19,222 Millionen DM	von den Trägern der Arbeiterrentenversicherung,
4,341 Millionen DM	von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte,
9,437 Millionen DM	von der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften (Treuhandverwaltung der Reichsknappschaft)

getragen.

b) Das Bundesversicherungsamt stellt nach dem für das Jahr 1958 errechneten Verhältnis der Beitragseinnahmen die von den Trägern der Arbeiterrentenversicherung aufzubringenden Beträge fest und führt die Zahlung des Betrages von 35 Millionen DM an Luxemburg aus.

(5) a) Der in Artikel 8 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages bestimmte Forderungsübergang erstreckt sich auch auf die aufgelaufenen Zinsen. Die in Anlage 1 zu Teil II des Vertrages genannten Stellen führen die dort genannten Beträge zuzüglich der im vorhergehenden Satz genannten und von der Bundesrepublik Deutschland an das Großherzogtum Luxemburg zu zahlenden Zinsen binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes an den Bund ab.

b) Von dem in Artikel 8 Abs. 2 des Vertrages genannten Betrag erhalten

die Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften	54 850 DM,
die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz	7 264 DM.

(6) a) Für die Zeit vom 1. April 1952 bis zum 31. Dezember 1958 sind die Verordnung vom 30. September 1940 über die Durchführung der Sozialversicherung in Luxemburg (Amtliche Nachrichten für Reichsversicherung 1941 S. 54) und die dazu ergangenen weiteren Durchführungsverordnungen als Vorschriften über die Einführung des deutschen Sozialversicherungsrechts im Sinne des § 3 Abs. 1 des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes vom 7. August

1953 (Bundesgesetzbl. I S. 848) anzuwenden. Soweit die Versicherungsträger bei der Anwendung des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes bisher anders verfahren und Leistungen abgelehnt, entzogen, eingestellt oder zu niedrig festgestellt haben, sind die Leistungen auf Antrag oder von Amts wegen neu festzustellen.

b) Über die vor der Verkündung dieses Gesetzes nach innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgestellten Leistungen, denen in den gesetzlichen Rentenversicherungen in Luxemburg zurückgelegte Versicherungszeiten zugrunde liegen, ist von Amts wegen auf der Grundlage dieses Gesetzes und des Vertrages erneut zu entscheiden. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht nicht entgegen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 25 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg

Traité entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République Fédérale d'Allemagne

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT
DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG

VON DEM WUNSCHE BESEELT, die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu fördern,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, unter Berücksichtigung der bestehenden internationalen Abmachungen und unter Zugrundelegung des Berichts der deutsch-luxemburgischen Gemischten Kommission vom 27. Mai 1959, gewisse noch offene Fragen vertraglich zu regeln, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Herrn Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland,

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg:

Herrn Eugène Schaus,
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten
des Großherzogtums Luxemburg,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE
DE LUXEMBOURG

et

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE

ANIMÉS DU DÉSIR de favoriser la collaboration amicale entre les deux États,

ONT DÉCIDÉ, compte tenu des conventions internationales existantes et sur la base du rapport de la Commission mixte germano-luxembourgeoise du 27 mai 1959, de régler conventionnellement certaines questions restées ouvertes, et ont nommé à cet effet comme plénipotentiaires:

Son Altesse Royale la Grande-Duchesse de Luxembourg:

Monsieur Eugène Schaus,
Ministre des Affaires Étrangères
du Grand-Duché de Luxembourg;

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne:

Monsieur le Dr. Heinrich von Brentano,
Ministre des Affaires Étrangères
de la République Fédérale d'Allemagne;

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

TEIL I
Wiedergutmachung und Versorgung der Kriegsopfer

Artikel 1

(1) Im Hinblick auf die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen leistet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland einen Betrag von 18 Millionen DM an die Regierung des Großherzogtums Luxemburg.

(2) Die Zahlung dieser Summe erfolgt in drei gleichen Jahresraten.

Artikel 2

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird unter Anwendung des § 8 des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges für folgende Personengruppen der luxemburgischen Kriegsopfer Versorgung gewähren:

1. Luxemburgische Staatsangehörige, die zwangsweise militärischen oder militärähnlichen Dienst im Sinne des vorerwähnten Gesetzes geleistet haben, und ihre Hinterbliebenen;
2. luxemburgische Staatsangehörige, die sich zwangsweise in Deutschland oder in einem von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebiet auf-

CHAPITRE I
Indemnisation des victimes du nazisme et prestations aux victimes du guerre

Article 1er

(1) En considération des mesures de persécution national-socialistes le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne paie au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg une somme de 18 millions de DM.

(2) Le paiement de cette somme aura lieu en trois annuités d'un montant égal.

Article 2

(1) Par application du § 8 de la loi sur l'indemnisation des victimes de la guerre la République Fédérale d'Allemagne accordera une indemnisation pour les groupes suivants de victimes luxembourgeoises de la guerre:

1. Les citoyens luxembourgeois qui étaient astreints au service militaire ou à un service paramilitaire dans le sens de la loi précitée, et leurs ayants-droit;
2. les citoyens luxembourgeois qui avaient une résidence forcée en Allemagne ou dans un territoire occupé par l'armée allemande et qui ont

gehalten und hierbei eine gesundheitliche Schädigung durch unmittelbare Kriegseinwirkungen im Sinne des vorerwähnten Gesetzes erlitten haben, und ihre Hinterbliebenen, soweit sie aus der gleichen Ursache keinen Anspruch gegen einen deutschen oder luxemburgischen Sozialversicherungsträger haben.

(2) Die Vertragstaaten stimmen darin überein, daß ein Anspruch gegen den luxemburgischen Staat insoweit nicht besteht, als die Bundesrepublik Deutschland Versorgung gewährt.

(3) Die Versorgungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland beginnen am 1. Januar 1958. Sie werden nach den an diesem Tage gültigen Vorschriften bemessen und kapitalisiert.

(4) Die Regierungen der Vertragstaaten werden die Durchführung der Versorgung im einzelnen durch Notenwechsel regeln und dabei auch die Zahlungsmodalitäten festlegen.

subi un dommage à leur intégrité physique en relation directe avec des faits de guerre dans le sens de la loi précitée et leurs ayants-droit, pour autant que ces personnes ne peuvent pas faire valoir pour la même cause des droits contre une institution d'assurances sociales allemande ou luxembourgeoise.

(2) Les Parties Contractantes sont d'accord pour considérer qu'une créance contre l'État luxembourgeois est inexistante dans la mesure où la République Fédérale d'Allemagne accorde des prestations.

(3) Les prestations de la République Fédérale d'Allemagne prennent cours à partir du 1er janvier 1958. Elles seront établies d'après les prescriptions qui étaient en vigueur à ce moment et seront capitalisées.

(4) Les Gouvernements des États contractants règleront par échange de notes les détails d'application des dispositions qui précèdent et ils fixeront également à cette occasion les modalités du paiement.

TEIL II

Sozialversicherung

Artikel 3

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt binnen zwei Monaten nach dem Inkraftreten dieses Vertrags an das Großherzogtum Luxemburg 35 Millionen DM. Mit der Zahlung dieses Betrages sind beiderseits neben den Forderungen der Vertragstaaten auch diejenigen ihrer Versicherungsträger im Bereich der Sozialversicherung aus der Vergangenheit pauschal abgegolten, soweit in den Artikeln 8 und 9 nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 4

Die Träger der Rentenversicherungen mit dem Sitz in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Berlin werden für die Zeit vom Inkrafttreten dieses Vertrags an von allen Verpflichtungen aus

1. Versicherungszeiten, die zwischen dem 30. September 1940 und dem 1. Juni 1946 von luxemburgischen Staatsangehörigen in den reichsgesetzlichen Rentenversicherungen außerhalb Luxemburgs zurückgelegt wurden, sofern diese Personen in den vom Ministerium der Arbeit und der Sozialen Sicherheit, Luxemburg, zu übergebenden Namenslisten aufgeführt sind, weil sie unfreiwillig Luxemburg verlassen haben und vorher mindestens einen Beitrag zu einer Rentenversicherung in Luxemburg entrichtet haben;
2. Versicherungszeiten, die zwischen dem 30. September 1940 und dem 1. Januar 1946 in den Rentenversicherungen in Luxemburg zurückgelegt wurden, soweit Artikel 5 nichts anderes bestimmt;
3. Versicherungszeiten, die vor dem 1. Oktober 1944 zurückgelegt wurden und in der Hüttenknappschaftlichen Pensionsversicherung in Luxemburg zu berücksichtigen sind,

befreit.

Artikel 5

Die Träger der Rentenversicherungen mit dem Sitz in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Berlin tragen nach Maßgabe des deutschen Rechts die Verpflichtungen aus den Versicherungszeiten, die von Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vor dem 1. Januar 1946 in den gesetzlichen Rentenversicherungen in Luxemburg zurückgelegt wurden und daher nach den luxemburgischen Rechtsvorschriften anrechnungsfähig sind, soweit diese Zeiten auf Grund

CHAPITRE II

Sécurité sociale

Article 3

La République Fédérale d'Allemagne verse au Grand-Duché de Luxembourg, endéans les deux mois suivant l'entrée en vigueur du présent Traité, un montant de 35 millions de DM. Le versement de ce montant éteint forfaitairement pour le passé, en matière d'assurance sociale, de par et d'autre, à la fois les revendications des États contractants et de leurs institutions d'assurance, pour autant qu'il n'en est pas disposé autrement dans les articles 8 et 9.

Article 4

Les institutions d'assurance-pension ayant leur siège dans la République Fédérale d'Allemagne et dans le Land Berlin sont libérées à partir de l'entrée en vigueur du présent Traité de toutes les obligations correspondant

1. aux périodes d'assurance accomplies dans les assurances-pension allemandes, entre le 30 septembre 1940 et le 1er juin 1946, en dehors du Luxembourg par des ressortissants luxembourgeois pour autant que ces personnes sont portées sur des listes nominatives à remettre par le Ministère du Travail et de la Sécurité sociale à Luxembourg, pour avoir quitté involontairement le Luxembourg et à condition d'avoir préalablement payé au moins une cotisation à une institution d'assurance-pension luxembourgeoise;
2. aux périodes d'assurance accomplies entre le 30 septembre 1940 et le 1er janvier 1946 dans les assurances-pension au Luxembourg, pour autant que l'article 5 n'en dispose pas autrement;
3. aux périodes accomplies avant le 1er octobre 1944 qui sont à prendre en considération dans l'assurance-pension des ouvriers métallurgistes.

Article 5

Les institutions d'assurance-pension ayant leur siège dans la République Fédérale d'Allemagne et dans le Land Berlin prennent à charge, conformément à la législation allemande, les obligations correspondant aux périodes d'assurance valablement accomplies conformément à la législation luxembourgeoise avant le 1er janvier 1946 dans les assurances-pension légales au Luxembourg par des personnes ayant la nationalité allemande au sens de la loi fondamentale de la République Fédé-

des Anhangs G Ziffer II zu der Verordnung Nr. 3 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer nicht von den luxemburgischen Trägern der Rentenversicherungen zu berücksichtigen sind.

Artikel 6

Die luxemburgischen Träger der Rentenversicherungen tragen nach Maßgabe des luxemburgischen Rechts die Verpflichtungen aus den in Artikel 4 genannten Versicherungszeiten.

Artikel 7

Als Versicherungszeiten im Sinne dieses Abkommens gelten Beitragszeiten und diesen gleichgestellte Zeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt worden sind, bestimmt sind, und zwar soweit sie darin als den Beitragszeiten gleichwertig anerkannt sind.

Artikel 8

(1) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt innerhalb der in Artikel 3 genannten Frist an Luxemburg 277 370 DM. Mit der Zahlung gehen die in Anlage 1 bezeichneten Forderungen auf die Bundesrepublik Deutschland über.

(2) Das Großherzogtum Luxemburg zahlt innerhalb der in Artikel 3 genannten Frist an die Bundesrepublik Deutschland 62 114 DM. Mit der Zahlung gehen die in Anlage 2 bezeichneten Forderungen auf Luxemburg über.

Artikel 9

Teil II dieses Vertrags berührt nicht die in Anlage 3 bezeichneten Forderungen, die von luxemburgischen Trägern der Sozialversicherung geltend gemacht werden.

Artikel 10

Die Bestimmungen dieses Teils des Vertrags finden mit Wirkung vom 1. Januar 1959 Anwendung.

TEIL III

Doppelbesteuerungsfragen bei der Vermögensabgabe zum Lastenausgleich

Artikel 11

(1) Von der Vermögensabgabe nach dem deutschen Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. August 1952 (Lastenausgleichsgesetz) werden die folgenden, nach § 16 des Gesetzes unbeschränkt abgabepflichtigen Personen und Gesellschaften befreit:

a) Natürliche Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische, nicht aber die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, bezüglich ihres in Luxemburg belegenen Vermögens;

b) natürliche Personen, die am 21. Juni 1948 die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, und nach deutschem Recht gegründete Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen bezüglich ihres in Luxemburg belegenen Vermögens, das auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von der luxemburgischen Sequesterverwaltung nicht erfaßt oder freigestellt worden ist.

rale d'Allemagne, pour autant que ces périodes ne sont pas à prendre en considération par les institutions d'assurance-pension luxembourgeoises conformément à l'annexe G II du règlement n° 3 de la Communauté Économique Européenne concernant la sécurité sociale des travailleurs migrants.

Article 6

Les institutions d'assurance-pension luxembourgeoises prennent à charge, conformément à la législation luxembourgeoise, les obligations correspondant aux périodes d'assurance désignées à l'article 4.

Article 7

Sont considérées comme périodes d'assurance au sens du présent Traité les périodes de cotisations et les périodes assimilées, telles qu'elles sont définies par la législation sous l'empire de laquelle elles ont été accomplies et dans la mesure où elles sont reconnues équivalentes par cette législation aux périodes de cotisations.

Article 8

(1) La République Fédérale d'Allemagne verse au Luxembourg endéans le délai déterminé à l'article 3 le montant de 277.370,— DM. Par l'effet de ce paiement les créances désignées à l'annexe 1 sont transférées à la République Fédérale d'Allemagne.

(2) Le Grand-Duché de Luxembourg verse à la République Fédérale d'Allemagne endéans le délai déterminé à l'article 3 le montant de 62.114,— DM. Par l'effet de ce paiement, les créances désignées à l'annexe 2 sont transférées au Luxembourg.

Article 9

Le chapitre II de ce Traité n'affecte pas les créances, désignées à l'annexe 3, que font valoir les institutions d'assurance sociale luxembourgeoises.

Article 10

Les dispositions du présent chapitre du Traité prennent effet à partir du 1er janvier 1959.

CHAPITRE III

Questions de double imposition en matière d'impôt sur la fortune relevant de la péréquation des charges

Article 11

(1) Sont exonérées du prélèvement sur la fortune institué par la loi allemande de péréquation des charges du 14 août 1952 (Lastenausgleichsgesetz) les personnes et sociétés ci-après énumérées qui, conformément au paragraphe 16 de la loi sur la péréquation des charges sont passibles du prélèvement de façon illimitée:

(a) les personnes physiques qui, au 21 juin 1948, possédaient la nationalité luxembourgeoise, sans posséder en même temps la nationalité allemande, pour leur fortune située au Luxembourg;

(b) les personnes physiques qui, au 21 juin 1948 possédaient la nationalité allemande ainsi que les collectivités, associations de personnes et patrimoines, constitués selon le droit allemand, pour leur fortune située au Luxembourg qui, sur la base de dispositions légales, n'a pas été placée sous séquestre au Luxembourg ou a été libérée du séquestre.

(2) Als Vermögen im Sinne des Absatzes 1 gilt das am 21. Juni 1948 in Luxemburg belegene Vermögen, soweit es bestand aus

a) unbeweglichem Vermögen (einschließlich Zubehör);

b) Berechtigungen an einem in Luxemburg belegenen Grundstück, auf welche die Vorschriften des luxemburgischen Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, sowie Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen in Luxemburg;

c) Vermögen, das einer in Luxemburg unterhaltenen Betriebsstätte eines gewerblichen Unternehmens dient;

d) Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient;

e) in Luxemburg eingetragenen immateriellen Rechten;

f) Aktien, Anteilscheinen und anderen Wertpapieren, Banknoten und sonstigen beweglichen Vermögenswerten.

(3) Als Vermögen im Sinne des Absatzes 1 gelten ferner:

a) von Gesellschaften mit Sitz in Luxemburg ausgegebene Aktien, auch wenn die Titel am 21. Juni 1948 im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lagen;

b) Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften, die ihren Sitz am 21. Juni 1948 in Luxemburg hatten;

c) Forderungen und Guthaben (einschließlich Obligationen, Schuldscheine, Wechselforderungen und Versicherungsansprüche), sofern der Schuldner seinen Wohnsitz am 21. Juni 1948 in Luxemburg hatte und die Forderungen nicht auf unbeweglichem Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland grundpfändlich sichergestellt waren.

(4) Gehörten Vermögenswerte im Sinne von Absatz 2 Buchst. e und f oder Absatz 3 am 21. Juni 1948 zum Betriebsvermögen einer in der Bundesrepublik Deutschland befindlichen Betriebsstätte, so gelten diese Vermögenswerte nicht als in Luxemburg belegen; dies gilt nicht für die in Absatz 1 Buchst. b bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen.

(2) Est considérée comme fortune au sens de l'alinéa 1er, la fortune située au Luxembourg au 21 juin 1948 en tant qu'elle se composait:

(a) de biens immobiliers (y compris les accessoires);

(b) de droits réels grevant des immeubles situés au Luxembourg et régis par les prescriptions du droit privé luxembourgeois concernant les immeubles ainsi que de droits d'usage sur des biens immobiliers situés au Luxembourg;

(c) de la fortune affectée à l'établissement stable qu'une entreprise commerciale ou industrielle entretient au Luxembourg;

(d) de la fortune servant à l'exercice d'une profession libérale;

(e) de droits immatériels enregistrés au Luxembourg;

(f) d'actions, de parts sociales et d'autres valeurs mobilières, de billets de banque et d'autres biens mobiliers.

(3) Sont en outre considérés comme fortune au sens de l'alinéa 1er:

(a) les actions émises par des sociétés ayant leur siège au Luxembourg même si, au 21 juin 1948, les titres se trouvaient dans la République Fédérale d'Allemagne;

(b) les participations à des sociétés à responsabilité limitée et à des coopératives, qui, au 21 juin 1948, avaient leur siège au Luxembourg;

(c) les créances et les avoirs (y compris les obligations, les reconnaissances de dette, les créances résultant d'effets de commerce et les créances découlant de contrats d'assurances), lorsque le débiteur avait son domicile au Luxembourg, au 21 juin 1948, et à condition que les créances n'étaient pas garanties par une sûreté sur des biens immobiliers situés dans la République Fédérale d'Allemagne.

(4) Lorsque les biens visés à l'alinéa 2, litt. e et f ou à l'alinéa 3 faisaient partie, au 21 juin 1948, de l'actif net investi d'un établissement stable situé dans la République Fédérale d'Allemagne, ils ne sont pas considérés comme situés au Luxembourg; cette disposition ne s'applique pas aux collectivités, associations de personnes et patrimoines visés à l'alinéa 1er, litt. b.

Artikel 12

(1) Nach § 17 des Lastenausgleichsgesetzes beschränkt abgabepflichtige natürliche Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische oder die deutsche Staatsangehörigkeit besessen und an diesem Tage ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Luxemburg gehabt haben, werden zur Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz nicht herangezogen

a) mit gewerblich genutzten Urheberrechten, die in der Bundesrepublik Deutschland in ein dafür bestimmtes Buch oder Register eingetragen waren und die nicht zum Vermögen einer dort belegenen Betriebsstätte gehörten;

b) mit Forderungen aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter, wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat;

Article 12

(1) Les personnes physiques passibles du prélèvement de façon limitée conformément au paragraphe 17 de la loi sur la péréquation des charges qui possédaient, au 21 juin 1948, la nationalité luxembourgeoise ou la nationalité allemande et avaient, à cette date, leur domicile ou leur résidence habituelle au Luxembourg, sont exonérées du prélèvement sur la fortune institué par la loi sur la péréquation des charges

(a) pour les droits d'auteur utilisés dans une entreprise industrielle ou commerciale, qui étaient inscrits dans la République Fédérale d'Allemagne dans un livre ou registre à ce destiné et qui ne faisaient pas partie de l'actif net investi d'un établissement stable y situé;

(b) pour les créances résultant de la participation à une entreprise industrielle ou commerciale à titre de bailleur de fonds participant aux bénéfices et pertes ou participant aux bénéfices, lorsque le débiteur a son domicile, sa direction effective ou son siège social dans la République Fédérale d'Allemagne;

c) mit sonstigen beweglichen, nicht unter Buchstabe a fallenden Vermögenswerten, die weder zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen noch zum Grundvermögen gehörten und einem gewerblichen Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland überlassen, insbesondere an diesen vermietet oder verpachtet waren.

(2) Entsprechendes gilt für die beschränkt abgabepflichtigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach luxemburgischem Recht errichtet worden sind und am 21. Juni 1948 ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz in Luxemburg gehabt haben.

Artikel 13

(1) Die Vergünstigungen der Artikel 11 und 12 werden nur auf Antrag gewährt. Der Antrag muß innerhalb einer Frist von drei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags gestellt werden. Diese Frist kann nicht verlängert werden.

(2) Veranlagungsbescheide, die den Vorschriften der Artikel 11 und 12 nicht entsprechen, sind durch neue Bescheide zu ersetzen, die diesen Vorschriften entsprechen; dies gilt auch dann, wenn ein zu ersetzender Bescheid bereits unanfechtbar geworden ist.

Artikel 14

(1) Deutsche Staatsangehörige in Luxemburg werden zu einmaligen luxemburgischen Abgaben vom Vermögen (ausschließlich der Erbschaftssteuer) mit dem Teil ihres Vermögens nicht herangezogen, der in der Bundesrepublik Deutschland belegen ist; für die Abgrenzung dieses Vermögens gilt Artikel 11 Abs. 2 bis 4 sinngemäß. Auf deutsche oder luxemburgische Staatsangehörige mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und auf nach deutschem Recht errichtete Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen mit Sitz oder Geschäftsleitung in der Bundesrepublik Deutschland findet bei der Heranziehung zu einmaligen luxemburgischen Abgaben vom Vermögen (ausschließlich der Erbschaftssteuer) Artikel 12 sinngemäß Anwendung.

(2) Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg ist berechtigt, die Vereinbarung des Absatzes 1 bis zum Ende eines Kalenderjahres, frühestens jedoch zum 31. Dezember 1963, zu kündigen.

Artikel 15

Die obersten Finanzbehörden der Vertragsparteien werden wohlwollend prüfen, ob und gegebenenfalls inwieweit in besonderen Härtefällen einmalige Abgaben vom Vermögen ganz oder teilweise erlassen oder sonstige Billigkeitsmaßnahmen gewährt werden können.

Artikel 16

Über die Auslegung und Anwendung der nach den Artikeln 11 bis 13 anzuwendenden Vorschriften entscheiden ausschließlich die nach der Lastenausgleichsgesetzgebung zuständigen deutschen Verwaltungsbehörden und Gerichte, während für die Auslegung und Anwendung des Artikels 14 ausschließlich die luxemburgischen Verwaltungsbehörden und Gerichte zuständig sind.

Artikel 17

Für Abgabepflichtige in Berlin tritt an die Stelle des 21. Juni 1948, soweit nicht eine DM-Eröffnungsbilanz auf den 21. Juni 1948 vorliegt, der 1. April 1949

a) bei unbeschränkt Abgabepflichtigen, die am 21. Juni 1948 ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt,

(c) pour les autres biens mobiliers non visés au litt. a qui ne faisaient partie ni de la fortune agricole et forestière, ni de la fortune immobilière et qui étaient mis à la disposition, notamment par bail à loyer ou bail à ferme, d'une entreprise industrielle ou commerciale dans la République Fédérale d'Allemagne.

(2) Ces dispositions s'appliquent également aux collectivités, associations de personnes et patrimoines constitués suivant le droit luxembourgeois passibles de l'impôt de façon limitée qui, au 21 juin 1948, avaient leur direction effective ou leur siège au Luxembourg.

Article 13

(1) Les exonérations prévues aux articles 11 et 12 ne sont accordées que sur demande. La demande doit être introduite endéans un délai de trois ans à partir de la mise en vigueur du présent Traité. Ce délai ne peut pas être prolongé.

(2) Les bulletins d'impôt qui ne sont pas conformes aux dispositions des articles 11 et 12 sont à remplacer par de nouveaux bulletins qui y sont conformes; cette disposition est également applicable, lorsqu'une imposition à remplacer a déjà acquis force de chose jugée.

Article 14

(1) Les ressortissants allemands au Luxembourg ne seront pas soumis à des impôts extraordinaires luxembourgeois sur la fortune (à l'exclusion des droits de succession) pour la partie de leur fortune qui est située dans la République Fédérale d'Allemagne; pour la délimitation de cette fortune, les dispositions de l'article 11, alinéas 2 à 4 sont applicables par analogie. L'article 12 s'applique par analogie aux ressortissants allemands et luxembourgeois ayant leur domicile ou leur résidence habituelle dans la République Fédérale d'Allemagne ainsi qu'aux collectivités, associations de personnes et patrimoines constitués selon le droit allemand ayant leur siège ou leur direction effective dans la République Fédérale d'Allemagne, lorsqu'ils seront soumis à des impôts extraordinaires luxembourgeois sur la fortune (à l'exclusion des droits de succession).

(2) Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg a le droit de dénoncer les stipulations de l'alinéa 1er à la fin d'une année civile, et au plus tôt au 31 décembre 1963.

Article 15

Les autorités financières suprêmes des Parties Contractantes examineront avec bienveillance si, et le cas échéant, dans quelle mesure une exonération complète ou partielle d'impôts extraordinaires sur la fortune ou d'autres mesures gracieuses pourront être accordées dans des cas de rigueur.

Article 16

Les autorités administratives et les tribunaux allemands compétents d'après la législation sur la péréquation des charges sont seuls autorisés à interpréter et à appliquer les dispositions des articles 11 à 13, tandis que l'interprétation et l'application de l'article 14 seront exclusivement de la compétence des autorités administratives et des tribunaux luxembourgeois.

Article 17

Pour les personnes passibles du prélèvement à Berlin, la date du 21 juin 1948 est remplacée par celle du 1er avril 1949 pour autant qu'un bilan d'ouverture en DM n'a pas été établi au 21 juin 1948

(a) pour l'application de l'article 11, alinéas 2 à 4 lorsqu'il s'agit de contribuables passibles du prélève-

ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung im Land Berlin hatten, für die Zwecke des Artikels 11 Abs. 2 bis 4,

b) bei beschränkt Abgabepflichtigen mit Vermögen im Land Berlin für die Anwendung des Artikels 12.

ment d'une façon non limitée qui, au 21 juin 1948, avaient leur domicile ou leur résidence habituelle, leur siège ou leur direction effective dans le « Land Berlin »;

(b) pour l'application de l'article 12 lorsqu'il s'agit de contribuables passibles du prélèvement d'une façon limitée, possédant des biens dans le « Land Berlin ».

TEIL IV

Privates Versicherungswesen

Artikel 18

(1) Ansprüche luxemburgischer Versicherungsnehmer aus Versicherungsverträgen mit:

a) der ehemaligen öffentlichen Sachversicherungsanstalt in Luxemburg,

b) der ehemaligen öffentlichen Lebensversicherungsanstalt in Luxemburg,

c) den bis zum 30. September 1944 in Luxemburg tätig gewesenen deutschen Versicherungsunternehmen,

die nach Maßgabe der luxemburgischen Bestimmungen vom 22. Januar 1945, 24. September 1945, 26. September 1945 und 12. Dezember 1945 zu Lasten der zu a) bis c) bezeichneten Versicherungsunternehmen erfüllt worden sind, werden abgerechnet, zu a) und b) mit den deutschen Rückversicherern dieser Anstalten, zu c) mit den deutschen Unternehmen selbst.

(2) Die Abrechnung erfolgt nach brancheüblichen Grundsätzen, zu a) und b) im Rahmen der bestehenden Rückversicherungsbeziehungen.

(3) Werden von Rückversicherern der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Beträge geschuldet, so werden diese jeweils von dem Zeitpunkt ab, in dem die ihnen zugrunde liegenden Ansprüche erfüllt worden sind, bis zum 31. Dezember 1952 mit dem Rechnungszinsfuß verzinst.

Im übrigen werden geschuldete Beträge jeweils von dem Zeitpunkt ab, in dem die ihnen zugrunde liegenden Ansprüche erfüllt worden sind, bis zum 31. Dezember 1952 mit jährlich 4 % verzinst, es sei denn, daß auf Grund der bestehenden Rückversicherungsbeziehungen zwischen der öffentlichen Sachversicherungsanstalt und ihren deutschen Rückversicherern eine anderweitige Zinsregelung vorgesehen war.

(4) Auf geschuldete Beträge werden noch vorhandene, nicht liquidierte Vermögenswerte von deutschen Versicherungsunternehmen, die bis zum 30. September 1944 in Luxemburg tätig gewesen sind, angerechnet.

(5) Zum Zwecke der Abrechnung wird die Regierung des Großherzogtums Luxemburg der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Einzelaufstellungen vorlegen, die an die zahlungspflichtigen Versicherungsunternehmen weitergeleitet werden.

Artikel 19

Die von den deutschen Versicherungsunternehmen auf Grund der Abrechnungen zu zahlenden Beträge werden an die Regierung des Großherzogtums Luxemburg mit befreiender Wirkung für die deutschen Versicherungsunternehmen gezahlt.

TEIL V

Grenzfragen

Artikel 20

(1) Das Großherzogtum Luxemburg verzichtet auf die ihm nach dem Zweiten Weltkrieg übertragenen Rechte im Gebiet des Kammerwaldes; die Staatsgrenze zwischen

CHAPITRE IV

Assurances Privées

Article 18

(1) Les créances d'assurés luxembourgeois découlant de contrats d'assurance avec

(a) la ci-devant « Oeffentliche Sachversicherungsanstalt », à Luxembourg,

(b) la ci-devant « Oeffentliche Lebensversicherungsanstalt », à Luxembourg,

(c) les compagnies d'assurances allemandes ayant exercé leur activité dans le Luxembourg jusqu'au 30 septembre 1944,

qui ont été réglées, suivant les dispositions luxembourgeoises des 22 janvier 1945, 24 septembre 1945, 26 septembre 1945 et 12 décembre 1945, à charge des entreprises d'assurances désignées sub (a) à (c), seront décomptées, pour (a) et (b) avec les réassureurs allemands de ces instituts, pour (c) avec les entreprises allemandes en question.

(2) Le décompte se fera suivant les principes usuels de la branche, pour (a) et (b) dans le cadre des relations existant avec les réassureurs.

(3) Si des sommes sont dues par les réassureurs de la « Oeffentliche Lebensversicherungsanstalt », ces sommes porteront des intérêts au taux d'intérêt technique, à partir de la date à laquelle les créances en question ont été réglées et jusqu'au 31 décembre 1952.

Dans les autres cas, les sommes dues porteront chaque fois, à partir de la date où les créances en question ont été réglées et jusqu'au 31 décembre 1952, des intérêts au taux annuel de 4 %, à moins qu'un autre règlement des intérêts n'ait été prévu dans les relations existant entre la « Oeffentliche Sachversicherungsanstalt » et ses réassureurs allemands.

(4) Les biens encore existants et non encore liquidés des entreprises d'assurances allemandes ayant exercé leur activité dans le Luxembourg jusqu'au 30 septembre 1944, seront déduits des sommes dues.

(5) Pour opérer le décompte, le Gouvernement luxembourgeois présentera au Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne des relevés individuels qui seront transmis aux entreprises d'assurances débitrices.

Article 19

Les sommes dues par les entreprises d'assurances allemandes sur la base des décomptes seront payées au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg avec effet libératoire pour les entreprises d'assurances allemandes.

CHAPITRE V

Questions frontalières

Article 20

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg renonce aux droits qui lui ont été conférés après la deuxième guerre mondiale dans le territoire du « Kammerwald ». De ce fait, la

dem Großherzogtum Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland wird damit auf ihren vorherigen Stand zurückgebracht.

(2) Die Vertragsparteien verzichten auf die Geltendmachung von Ansprüchen jeder Art, die sich aus der Ausübung der dem Großherzogtum Luxemburg nach dem Zweiten Weltkrieg übertragenen Rechte im Gebiet des Kammerwaldes ergeben könnten.

frontière entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République Fédérale d'Allemagne est ramenée à son état antérieur.

(2) Les Parties Contractantes renoncent à faire valoir toutes revendications, quelle que soit leur nature, qui pourraient résulter de l'exercice des droits conférés au Grand-Duché de Luxembourg après la deuxième guerre mondiale dans le territoire du «Kammerwald».

TEIL VI

Schlußbestimmungen

Artikel 21

Schlußerklärung

Mit den in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen der Bundesrepublik Deutschland sind alle Forderungen abgegolten, die in den vorstehenden Bestimmungen Gegenstand einer Regelung sind.

Artikel 22

Zahlungsmodalitäten

Die in diesem Vertrag vorgesehenen finanziellen Verpflichtungen werden durch Zahlung von Regierung zu Regierung erfüllt. Die Zahlungsmodalitäten werden, soweit sie in diesem Vertrag noch nicht festgelegt sind, zwischen den beiden Regierungen vereinbart.

Artikel 23

Ständige Kommission

(1) Es wird eine deutsch-luxemburgische Ständige Kommission gebildet mit dem Auftrag, die Durchführung dieses Vertrags zu überwachen, Auslegungszweifel zu klären und, gegebenenfalls, den Regierungen Vorschläge zur Bereinigung von Streitfällen zu unterbreiten.

(2) Die Kommission besteht aus zwei Mitgliedern, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, und zwei Mitgliedern, die von der Regierung des Großherzogtums Luxemburg benannt werden. Nach Bedarf können im gegenseitigen Einvernehmen Sachverständige als Berater hinzugezogen werden.

(3) Die Ständige Kommission faßt ihre Entschließungen einstimmig. Wird Einstimmigkeit nicht erzielt, so werden die gegensätzlichen Standpunkte den beiden Regierungen unterbreitet.

Artikel 24

Einbeziehung des Landes Berlin

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 25

Ratifikation

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

CHAPITRE VI

Dispositions finales

Article 21

Déclaration finale

Les prestations de la République Fédérale d'Allemagne prévues dans le présent Traité éteignent toutes les créances qui font l'objet d'une réglementation dans les dispositions qui précèdent.

Article 22

Modalités de paiement

Les obligations financières prévues dans le présent Traité sont remplies par des paiements de Gouvernement à Gouvernement. Les modalités de paiement seront fixées par accord entre les deux Gouvernements pour autant qu'elles n'ont pas été définies dans le présent Traité.

Article 23

Commission Permanente

(1) Il est institué une Commission Permanente germano-luxembourgeoise qui a pour mission de surveiller l'exécution du présent Traité, de résoudre des difficultés d'interprétation et, le cas échéant, de soumettre aux Gouvernements des propositions en vue du règlement de questions litigieuses.

(2) La Commission comprend deux membres désignés par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et deux membres désignés par le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg. En cas de besoin des experts peuvent être, d'un commun accord, appelés aux délibérations en qualité de conseillers.

(3) La Commission Permanente arrête ses délibérations à l'unanimité. Si l'unanimité ne peut pas se faire, les points de vue contraires sont soumis aux deux Gouvernements.

Article 24

Application au «Land Berlin»

Le présent Traité s'applique également au Land Berlin à moins que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne n'adresse une déclaration contraire au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans un délai de trois mois après l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 25

Ratification

(1) Le présent Traité sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussitôt que possible.

(2) Der Vertrag tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Luxemburg, am elften Juli 1959, in zwei Urschriften in deutscher und französischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
von Brentano

Für das Großherzogtum Luxemburg:
E. Schaus

(2) Le Traité entre en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI, les plenipotentiaires des deux parties ont signé le présent Traité et l'ont revêtu de leurs sceaux.

FAIT à Luxembourg, le onze juillet 1959, en double original en langue française et en langue allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:
E. Schaus

Pour la République Fédérale d'Allemagne:
von Brentano

Anlage 1

1. Forderung in Höhe von

   13 238,17 DM gegen die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz,

   924,— DM gegen die Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz,

   616,— DM gegen die Landesversicherungsanstalt Saarland.

2. Forderung gegen die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Höhe von 550,92 DM.
3. Forderung gegen die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von 866,— DM.
4. Forderung aus Guthaben bei der Kreissparkasse Neuwied in Höhe von 204 458,77 DM.
5. Forderung gegen die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten in Höhe von 5000,— DM.
6. Forderung gegen die Versorgungskasse der Träger der Reichsversicherung in Höhe von 51 716,82 DM.

Annexe 1

1. Créance d'un montant de

   13.238,17 DM contre la Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz,

   924,— DM contre la Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz,

   616,— DM contre la Landesversicherungsanstalt Saarland.

2. Créance contre la Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz d'un montant de 550,92 DM.
3. Créance contre la Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung d'un montant de 866,— DM.
4. Créance provenant d'avoirs auprès de la Kreissparkasse Neuwied d'un montant de 204.458,77 DM.
5. Créance contre la Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten d'un montant de 5.000,— DM.
6. Créance contre la Versorgungskasse der Träger der Reichsversicherung d'un montant de 51.716,82 DM.

Anlage 2

1. Forderung gegen die luxemburgische knappschaftliche Versicherung in Höhe von 54 850,— DM.
2. Forderung gegen luxemburgische Versicherungsträger in Höhe von 6 843,97 DM.
3. Forderung gegen die Stadtsparkasse Luxemburg in Höhe von 170,— DM.
4. Forderung gegen die Kreissparkasse Esch in Höhe von 250,— DM.

Annexe 2

1. Créance contre l'Assurance des ouvriers métallurgistes d'un montant de 54.850,— DM.
2. Créance contre des institutions luxembourgeoises d'assurance d'un montant de 6.843,97 DM.
3. Créance contre la Caisse d'Epargne de la Ville de Luxembourg d'un montant de 170,— DM.
4. Créance contre la Caisse d'Epargne de la Ville d'Esch d'un montant de 250,— DM.

Anlage 3

1. Reichsschuldbuchforderungen und Reichsschatzanweisungen der luxemburgischen

   gewerblichen Unfallversicherung über 2 940 000,— RM

   landwirtschaftlichen
   Unfallversicherung über 65 000,— RM

   Krankenkassen über 2 106 000,— RM

Annexe 3

1. « Reichsschuldbuchforderungen » et « Reichsschatzanweisungen » des institutions luxembourgeoises

   Assurance-accident, Section industrielle
   pour 2.940.000,— RM

   Assurance-accident, Section agricole
   pour 65.000,— RM

   Caisse de maladie pour 2.106.000,— RM

1. Notenwechsel zu Teil I (Artikel 2)

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, auf Grund von Artikel 2 des heute unterzeichneten Vertrages dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten folgende Regelung zur Durchführung der Versorgung luxemburgischer Kriegsopfer in Vorschlag zu bringen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erkennt die Geltendmachung der Entschädigungsforderung für die luxemburgischen Kriegsopfer in der ersten Arbeitstagung der deutsch-luxemburgischen Gemischten Kommission am 30. und 31. Januar 1958 in Bonn als rechtswirksame Antragstellung im Sinne der Gesetzgebung über die Kriegsopferversorgung an.
2. Das luxemburgische Kriegsschädenamt wird die bei ihm geführten Akten der luxemburgischen Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen nach einem zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarenden Plan bestimmten Versorgungsämtern in der Bundesrepublik Deutschland zur Prüfung der Voraussetzungen des Bundesversorgungsgesetzes und zur Ermittlung der Höhe der Versorgungsleistungen zur Verfügung stellen.
3. Die ermittelten Versorgungsleistungen werden für die Gruppen der Beschädigten, Witwen, Waisen und Eltern nach einem noch zu vereinbarenden Schlüssel kapitalisiert.
4. Die sich hieraus ergebende Gesamtsumme zahlt die Bundesrepublik in einem Zeitraum von zehn Jahren an die luxemburgische Regierung. Die Zahlung erfolgt in jährlichen Raten, deren Höhe entsprechend der natürlichen Abnahme der Versorgungsleistungen abgestuft wird.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden.

Die Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur d'accuser réception à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de la note verbale en date de ce jour conçue en ces termes.

« L'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne, en se référant à l'article 2 du Traité signé en date de ce jour, a l'honneur de proposer au Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg l'arrangement suivant pour l'application des dispositions relatives aux prestations en faveur des victimes luxembourgeoises de la guerre.

1. Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne reconnaît la demande en indemnisation pour

Ministerium der
Auswärtigen Angelegenheiten

Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland den Empfang ihrer Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, auf Grund von Artikel 2 des heute unterzeichneten Vertrages dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten folgende Regelung zur Durchführung der Versorgung luxemburgischer Kriegsopfer in Vorschlag zu bringen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erkennt die Geltendmachung der Entschädigungsfor-

les victimes luxembourgeoises de la guerre, faite lors de la première séance de travail de la Commission mixte germano-luxemburgeoise à Bonn du 30 et 31 Janvier 1958, comme requête valable dans le sens de la législation sur l'indemnisation des victimes de la guerre.

2. L'office luxembourgeois des Dommages de Guerre mettra ses dossiers concernant les victimes de guerre luxembourgeoises et leurs ayants droit à la disposition de certains offices (Versorgungsämter) dans la République Fédérale d'Allemagne, d'après un plan à arrêter d'un commun accord par les deux Gouvernements, en vue de l'examen des conditions prévues par la loi sur l'indemnisation des victimes de la guerre et en vue du calcul du montant des prestations.
3. Les prestations ainsi établies seront capitalisées pour les groupes des blessés et malades, des veuves, des orphelins et des parents, d'après une clef à convenir ultérieurement.
4. La République Fédérale d'Allemagne paiera au Gouvernement luxembourgeois endéans une période de 10 ans le montant global qui résultera de l'application de ces dispositons. Le paiement se fera sous forme d'annuités dont le montant sera décroissant conformément à la diminution naturelle des prestations.

Si le Gouvernement luxembourgeois accepte cette proposition, cette note verbale et la réponse du Ministère des Affaires Étrangères seront considérées comme formant un accord. »

Le Ministère des Affaires Étrangères a l'honneur de faire connaître à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'accord du Gouvernement luxembourgeois sur ce qui précède.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale Allemagne
Luxembourg

derung für die luxemburgischen Kriegsopfer in der ersten Arbeitstagung der deutsch-luxemburgischen Gemischten Kommission am 30. und 31. Januar 1958 in Bonn als rechtswirksame Antragstellung im Sinne der Gesetzgebung über die Kriegsopferversorgung an.

2. Das luxemburgische Kriegsschädenamt wird die bei ihm geführten Akten der luxemburgischen Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen nach einem zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarenden Plan bestimmten Versorgungsämtern in der Bundesrepublik Deutschland zur Prüfung der Voraussetzungen des Bundesversorgungsgesetzes und zur Ermittlung der Höhe der Versorgungsleistungen zur Verfügung stellen.
3. Die ermittelten Versorgungsleistungen werden für die Gruppen der Beschädigten, Witwen, Waisen und Eltern nach einem noch zu vereinbarenden Schlüssel kapitalisiert.
4. Die sich hieraus ergebende Gesamtsumme zahlt die Bundesrepublik in einem Zeitraum von zehn Jahren an die luxemburgische Regierung. Die Zahlung erfolgt in jährlichen Raten, deren Höhe entsprechend der natürlichen Abnahme der Versorgungsleistungen abgestuft wird.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden."

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland das Einverständnis der luxemburgischen Regierung zu der vorgeschlagenen Regelung mitzuteilen.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten benutzt auch diese Gelegenheit, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An die
Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland
Luxemburg

2. Notenwechsel I zu Teil II

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxemburg a l'honneur, en se référant au Traité signé en date de ce jour, de faire part à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de ce qui suit.

Le Gouvernement luxembourgeois se déclare disposé à payer aux personnes résidant dans la République Fédérale d'Allemagne et qui, en vertu de la Convention de l'Organisation Internationale du Travail concernant l'égalité de traitement des travailleurs étrangers et nationaux en matière de réparation des accidents du travail (nº 19), ont bénéficié d'une rente de l'assurance luxemburgeoise contre les accidents, les montants de réévaluation des rentes prévus par la loi pour la période du 1er janvier 1956 au 31 décembre 1958. Les montants seront versés dans les deux mois à dater de l'entrée en vigueur du Traité. Ils ne seront pas payés en supplément de rentes qui ont été accordées en raison d'une diminution de la capacité de travail inférieure à 20 %.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten den Empfang seiner Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf den heute geschlossenen Vertrag folgendes mitzuteilen:

Die luxemburgische Regierung erklärt sich bereit, an die Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen und auf Grund des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei der Entschädigung von Betriebsunfällen (Nr. 19) eine Rente aus der luxemburgischen Unfallversicherung bezogen haben, die gesetzlich vorgesehenen Rentenaufwertungsbeträge für die Zeit vom 1. Januar 1956 bis zum 31. Dezember 1958 zu zahlen. Die Beträge werden binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages überwiesen. Sie werden nicht gezahlt zu Renten, die auf Grund einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 20 vom Hundert gewährt wurden."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland hat von dem Inhalt der Note mit Befriedigung Kenntnis genommen und wird nicht verfehlen, die zuständigen deutschen Stellen hiervon zu unterrichten.

Die Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

3. Notenwechsel II zu Teil II

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur, en se référant au chapitre II du Traité signé en date de ce jour, de faire part à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de ce qui suit.

Les institutions luxembourgeoises d'assurance-pension ont présenté à l'échange, conformément à l'« Allgemeines Kriegsfolgengesetz », des créances d'un montant total de 18.352.700,— Reichsmark (voir annexe). Ces créances sont réglées par le montant dont la République Fédérale d'Allemagne a assumé le paiement, conformément à l'article 3 du Traité ci-dessus mentionné. En conséquence, les institutions luxembourgeoises d'assurance-pension retireront les déclarations des créances précitées et ne feront plus valoir ces créances à l'avenir. Si nonobstant, des créances ainsi déclarées avaient déjà été réglées ou devaient l'être à l'avenir, les montants obtenus en vertu de l'échange seront à rembourser à la République Fédérale d'Allemagne.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten den Empfang seiner Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Teil II des heute unterzeichneten Vertrages folgendes mitzuteilen:

Die Träger der luxemburgischen Rentenversicherungen haben nach dem allgemeinen Kriegsfolgengesetz abzulösende Ansprüche in Höhe von 18.352.700,— Reichsmark (vergleiche Anlage) zur Ablösung angemeldet. Diese Ansprüche sind durch den Betrag, welchen die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 3 des vorerwähnten Vertrages zu zahlen hat, abgegolten. Demgemäß werden die Träger der luxemburgischen Rentenversicherungen die Anmeldungen der vorgenannten Ansprüche zurücknehmen und die Ansprüche auch später nicht mehr geltend machen. Sollten dennoch angemeldete Ansprüche bereits abgelöst sein oder abgelöst werden, ist das auf Grund der Ablösung Erlangte an die Bundesrepublik Deutschland zurückzugeben."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland hat von dem Inhalt der angeführten Verbalnote Kenntnis genommen und benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

Annexe

Les institutions luxembourgeoises d'assurance-pension ont déclaré les créances ci-après en vue de l'échange d'après la « Allgemeines Kriegsfolgengesetz ».

Anlage

Die Träger der luxemburgischen Rentenversicherungen haben nachstehende Ansprüche zur Ablösung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz angemeldet:

a) Reichsschuldbuchforderungen, eingetragen für die Alters- und Invalidenversicherung, Amtsstelle Luxemburg, der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz		
3½% 1941 — Reichsschuldbuchkonto — Abt. IV Nr. 473 ..	RM	2 519 000,—
3½% 1942 — Reichsschuldbuchkonto — Abt. IV Nr. 488 ..	RM	1 013 800,—
3½% 1943 — Reichsschuldbuchkonto — Abt. IV Nr. 152/1, 152/2, 152/4, 152/5, 152/7, 152/8	RM	8 113 800,—
3½% 1944 — Reichsschuldbuchkonto — Abt. IV Nr. 49/1	RM	253 000,—
b) Reichsschuldbuchforderungen, eingetragen für die Pensionskasse für Privatangestellte, Amtsstelle Luxemburg der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte		
3½% Reichsschatzanweisungen von 1943 — Folge I	RM	1 368 100,—
3½% Reichsschatzanweisungen von 1944 — Zeitrentenanleihe	RM	1 035 000,—
c) Abzulösende Ansprüche, die für die Pensionskasse für Privatangestellte, Amtsstelle Luxemburg der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von Banken verwahrt werden, und zwar:		
3½% Reichsschatzanweisungen von 1942 — Folge III im Depot bei der Stadtsparkasse Luxemburg	RM	1 900 000,—
3½% Reichsschatzanweisungen von 1942 — Folge IV im Depot bei der Stadtsparkasse Luxemburg	RM	1 300 000,—
3½% Reichsschatzanweisungen von 1942 — Folge IV im Depot bei der Bank der Deutschen Arbeit, Niederlassung Luxemburg	RM	100 000,—
3½% Reichsschatzanweisungen von 1942 — Folge IV im Depot bei der Generalbank Luxemburg	RM	150 000,—
3½% Reichsschatzanweisungen von 1942 — Folge IV im Depot bei der Internationalen Bank Luxemburg	RM	600 000,—
	RM	18 352 700,—

4. Notenwechsel I zu Teil III (Artikel 15)

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten unter Bezugnahme auf Artikel 15 des heute unterzeichneten Vertrages mitzuteilen, daß als besondere Härtefälle unter anderem die folgenden Tatbestände angesehen werden:

a) Grundstücke des luxemburgischen Staates

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Grundstücke in Berlin-Charlottenburg, Ulmenallee 32 und Kirschenallee 21 a, die von der Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur Unterbringung der luxemburgischen Botschaft erworben wurden, jedoch an dem für die Vermögensabgabe maßgebenden Stichtag diesem Zweck wegen der Teilung Deutschlands nicht dienen konnten und daher der Vermögensabgabe unterliegen, aus Billigkeitsgründen von der Vermögensabgabe freistellen.

b) Berechnung der Ermäßigung der Vermögensabgabe wegen Kriegssachschäden

In Würdigung der Tatsache, daß in Luxemburg erhebliche Kriegsschäden entstanden sind, ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit, aus Billigkeitsgründen für Zwecke der Ermäßigung der Vermögensabgabe bei der Ermittlung des Vermögens im Sinne des § 47 Absatz 3 des Lastenausgleichsgesetzes im Einzelfall auf entsprechenden Antrag wie folgt zu verfahren:

Bei unbeschränkt abgabepflichtigen natürlichen Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische Staatsangehörigkeit besessen haben, bleibt das in Luxemburg belegene Vermögen (Artikel 11 Absatz 2—4 des Vertrages) außer Ansatz. Entsprechendes gilt bei beschränkt abgabepflichtigen natürlichen Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische Staatsangehörigkeit besessen und an diesem Tage ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Luxemburg gehabt haben. Für die Durchführung dieser Regelung gilt Artikel 13 des Vertrages.

c) Alte oder erwerbsunfähige Abgabepflichtige

Bei unbeschränkt abgabepflichtigen luxemburgischen Staatsangehörigen, die nur Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland haben und auf die Erträgnisse dieses Vermögens angewiesen sind, wird die in § 54 des Lastenausgleichsgesetzes geregelte Vergünstigung wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen auch dann gewährt, wenn das Gesamtvermögen den in § 54 Absatz 2 Nr. 3 des Lastenausgleichsgesetzes bestimmten Betrag von 30 000 DM übersteigt.

Darüber hinaus wird im Einzelfall nach Maßgabe des Artikels 15 des Vertrages wohlwollend geprüft werden, ob bei Vorliegen besonderer Umstände die Vergünstigung nach § 54 des Lastenausgleichsgesetzes im Billigkeitsweg auch in den Fällen gewährt werden kann, in denen andere Voraussetzungen dieser Vorschrift und der dazu ergangenen Verwaltungsanordnung des Bundesministers der Finanzen vom 17. März 1955 (Bundessteuerblatt 1955 Teil I S. 119) nicht erfüllt sind.

d) Grundbesitz im deutschen Grenzgebiet

Beschränkt abgabepflichtige natürliche Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische Staatsangehörigkeit besessen haben und an diesem Tage ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Luxemburg gehabt haben, werden hinsichtlich ihrer von Luxemburg aus bewirtschafteten, im deutschen Grenzgebiet belegenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke, einschließlich der Weinbaugrundstücke, von der Vermögensabgabe freigestellt. Die Freistellung erfolgt auf Antrag nach Maßgabe des Artikels 13 des Vertrages.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden.

Die Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur d'accuser réception à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de la note verbale en date de ce jour conçue en ces termes:

« L'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne, en se référant à l'article 15 du Traité signé en date de ce jour a l'honneur de porter à la connaissance du Ministère des Affaires Étrangères que seront considérés comme cas de rigueur, entre autres, les cas suivants.

a) Immeubles de l'État luxembourgeois

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne exonérera du prélèvement sur la fortune, pour des motifs d'équité les immeubles à Berlin-Charlottenburg, Ulmenallee 32 et Kirschenallee 21 a, que le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg avait acquis pour y installer l'Ambassade luxembourgeoise, mais qui, à la date à prendre en considération pour le prélèvement sur la fortune, ne pouvaient servir à cette fin par suite de la division de l'Allemagne et qui, de ce fait, sont passibles du prélèvement sur la fortune.

b) Calcul de la modération du prélèvement sur la fortune du fait de dommages de guerre

En considération du fait qu'au Luxembourg des dommages de guerre considérables se sont produits, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, pour des motifs d'équité, est disposé à déterminer, en vue de la modération du prélèvement sur la fortune et sur demande individuelle, la fortune aux sens du paragraphe 47, alinéa 3 de la loi sur la péréquation des charges de la façon suivante.

Pour les personnes physiques passibles du prélèvement de façon illimitée qui possédaient la nationalité luxembourgeoise au 21 juin 1948, la fortune située au Luxembourg (article 11, alinéa 2 à 4 du Traité) n'est pas prise en considération. Il en est de même pour les personnes physiques passibles du prélèvement de façon limitée qui possédaient la nationalité luxembourgeoise au 21 juin 1948 et avaient leur domicile ou leur résidence habituelle au Luxembourg à la même date. L'article 13 du Traité est applicable pour l'exécution de cette réglementation.

c) Contribuables âgés ou incapables de gagner leur vie

Pour les ressortissants luxembourgeois passibles du prélèvement de façon illimitée, dont la fortune est située exclusivement dans la République Fédérale d'Al-

Ministerium der
Auswärtigen Angelegenheiten

Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland den Empfang ihrer Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten unter Bezugnahme auf Artikel 15 des heute unterzeichneten Vertrages mitzuteilen, daß als besondere Härtefälle unter anderem die folgenden Tatbestände angesehen werden:

a) Grundstücke des luxemburgischen Staates

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Grundstücke in Berlin-Charlottenburg, Ulmenallee 32 und Kirschenallee 21 a, die von der Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur Unterbringung der luxemburgischen Botschaft erworben wurden, jedoch an dem für die Vermögensabgabe maßgebenden Stichtag diesem Zweck wegen der Teilung Deutschlands nicht dienen konnten und daher der Vermögensabgabe unterliegen, aus Billigkeitsgründen von der Vermögensabgabe freistellen.

b) Berechnung der Ermäßigung der Vermögensabgabe wegen Kriegssachschäden

In Würdigung der Tatsache, daß in Luxemburg erhebliche Kriegsschäden entstanden sind, ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit, aus Billigkeitsgründen für Zwecke der Ermäßigung der Vermögensabgabe bei der Ermittlung des Vermögens im Sinne des § 47 Absatz 3 des Lastenausgleichsgesetzes im Einzelfall auf entsprechenden Antrag wie folgt zu verfahren:

Bei unbeschränkt abgabepflichtigen natürlichen Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische Staatsangehörigkeit besessen haben, bleibt das in Luxemburg belegene Vermögen (Artikel 11 Absatz 2—4 des Vertrages) außer Ansatz. Entsprechendes gilt bei beschränkt abgabepflichtigen natürlichen Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische Staatsangehörigkeit besessen und an diesem Tage ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Luxemburg gehabt haben. Für die Durchführung dieser Regelung gilt Artikel 13 des Vertrages.

c) Alte oder erwerbsunfähige Abgabepflichtige

Bei unbeschränkt abgabepflichtigen luxemburgischen Staatsangehörigen, die nur Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland haben und auf die Erträgnisse

lemagne et qui dépendent exclusivement des revenus de cette fortune, les avantages pour cause d'âge ou d'incapacité de gagner la vie prévus par le paragraphe 54 de la loi sur la péréquation des charges sont accordés, lorsque les autres conditions sont remplies, même si la fortune totale excède le montant de 30.000 DM. fixé au paragraphe 54, alinéa 2, n° 3 de la loi sur le péréquation des charges.

En plus, des cas individuels qui se présentent dans des circonstances particulières seront examinés avec bienveillance dans le cadre de l'article 15 du Traité, en vue d'établir si les avantages prévus par le paragraphe 54 de la loi sur la péréquation des charges peuvent être accordés également, par voie gracieuse, lorsque d'autres conditions exigées par cette disposition et par l'ordonnance d'exécution afférente du Ministre fédéral des Finances du 17 mars 1955 (Bundessteuerblatt 1955, Teil I S. 119) ne sont pas remplies.

d) Propriétés immobilières dans la zone frontalière allemande

Les personnes physiques passibles du prélèvement de façon limitée, qui, au 21 juin 1948 possédaient la nationalité luxembourgeoise et qui, à la même date, avaient leur domicile ou leur résidence habituelle au Luxembourg, sont exonérées du prélèvement sur la fortune en ce qui concerne leurs propriétés agricoles et forestières, y compris les propriétés viticoles, dont le centre d'exploitation se trouve au Luxembourg et qui sont situées dans la zone frontalière allemande. L'exonération est accordée sur demande dans le cadre des dispositions de l'article 13 du Traité.

Si le Gouvernement luxembourgeois accepte cette proposition, la présente note verbale et la réponse du Ministère des Affaires Étrangères seront considérées comme formant un accord. »

Le Ministère des Affaires Étrangères a l'honneur de faire connaître à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'accord du Gouvernement luxembourgeois sur ce qui précède.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

dieses Vermögens angewiesen sind, wird die in § 54 des Lastenausgleichsgesetzes geregelte Vergünstigung wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen auch dann gewährt, wenn das Gesamtvermögen den in § 54 Absatz 2 Nr. 3 des Lastenausgleichsgesetzes bestimmten Betrag von 30 000 DM übersteigt.

Darüber hinaus wird im Einzelfall nach Maßgabe des Artikels 15 des Vertrages wohlwollend geprüft werden, ob bei Vorliegen besonderer Umstände die Vergünstigung nach § 54 des Lastenausgleichsgesetzes im Billigkeitsweg auch in den Fällen gewährt werden kann, in denen andere Voraussetzungen dieser Vorschrift und der dazu ergangenen Verwaltungsanordnung des Bundesministers der Finanzen vom 17. März 1955 (Bundessteuerblatt 1955 Teil I S. 119) nicht erfüllt sind.

d) Grundbesitz im deutschen Grenzgebiet

Beschränkt abgabepflichtige natürliche Personen, die am 21. Juni 1948 die luxemburgische Staatsangehörigkeit besessen haben und an diesem Tage ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Luxemburg gehabt haben, werden hinsichtlich ihrer von Luxemburg aus bewirtschafteten, im deutschen Grenzgebiet belegenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke, einschließlich der Weinbaugrundstücke, von der Vermögensabgabe freigestellt. Die Freistellung erfolgt auf Antrag nach Maßgabe des Artikels 13 des Vertrages.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden."

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland das Einverständnis der luxemburgischen Regierung zu der vorgeschlagenen Regelung mitzuteilen.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten benutzt auch diese Gelegenheit, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An die
Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland
Luxemburg

5. Notenwechsel II zu Teil III

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten unter Bezugnahme auf die Vergünstigungen, die in Teil III des heute unterzeichneten Vertrages den luxemburgischen Staatsangehörigen eingeräumt sind, den Wunsch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, die luxemburgische Regierung möge bestätigen, daß Forderungen des Großherzogtums Luxemburg auf Kriegsgewinnsteuer gegen deutsche Staatsangehörige nicht mehr bestehen oder etwa noch bestehende Forderungen nicht mehr geltend gemacht werden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß dies auch für Personen deutscher Staatsangehörigkeit gilt, die während des Krieges Inhaber von Anteilen an luxemburgischen Kapitalgesellschaften oder Mitunternehmer luxemburgischer Personengesellschaften waren.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden.

Die Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur d'accuser réception à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de la note verbale en date de ce jour conçue en ces termes:

« L'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne, en se référant aux allégements qui ont été concédés aux ressortissants luxembourgeois au chapitre III du Traité signé en date de ce jour a l'honneur de faire connaître au Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg le désir du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne de voir confirmer par le Gouvernement luxembourgeois qu'il n'existe plus aucune créance du Grand-Duché de Luxembourg au titre de l'impôt sur les bénéfices de guerre contre des ressortissants allemands ou que le Grand-Duché ne fera plus valoir des créances qui pourraient encore exister. Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne admet que cette confirmation vaut également pour les personnes de nationalité allemande qui, au cours de la guerre, possédaient des participations dans des sociétés de capitaux luxembourgeoises ou qui étaient associées de sociétés de personnes luxembourgeoises.

Ministerium der
Auswärtigen Angelegenheiten

Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland den Empfang ihrer Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten unter Bezugnahme auf die Vergünstigungen, die in Teil III des heute unterzeichneten Vertrages den luxemburgischen Staatsangehörigen eingeräumt sind, den Wunsch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, die luxemburgische Regierung möge bestätigen, daß Forderungen des Großherzogtums Luxemburg auf Kriegsgewinnsteuer gegen deutsche Staatsangehörige nicht mehr bestehen oder etwa noch bestehende Forderungen nicht mehr geltend gemacht werden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß dies auch für Personen deutscher Staatsangehörigkeit gilt, die während des Krieges Inhaber von Anteilen an luxemburgischen Kapitalgesellschaften oder Mitunternehmer luxemburgischer Personengesellschaften waren.

Si le Gouvernement luxembourgeois accepte cette proposition, la présente note verbale et la réponse du Ministère des Affaires Étrangères seront considérées comme formant un accord. »

Le Ministère des Affaires Étrangères a l'honneur de faire connaître à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'accord du Gouvernement luxembourgeois sur ce qui précède.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden."

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland das Einverständnis der luxemburgischen Regierung zu der vorgeschlagenen Regelung mitzuteilen.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten benutzt auch diese Gelegenheit, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An die
Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland
Luxemburg

6. Notenwechsel III zu Teil III

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten folgendes mitzuteilen:

Teil III des heute unterzeichneten Vertrages bezieht sich nur auf die Vermögensabgabe nach dem deutschen Lastenausgleichsgesetz. Da die Vermögensabgabe von Vermögen im Saarland nicht erhoben wird, kann dort der vorstehend bezeichnete Teil des Vertrages, ohne daß es einer besonderen Vorschrift bedarf, keine Anwendung finden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist aber bereit, mit der Regierung des Großherzogtums Luxemburg in Verhandlungen über die Anwendung dieses Teils des Vertrages im Saarland einzutreten, falls im Saarland die Erhebung einer Steuer von Vermögen zur Deckung des Mittelbedarfs für die Abgeltung von Kriegssachschäden, Vertreibungsschäden oder Ostschäden eingeführt werden sollte.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden.

Die Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11 Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur d'accuser réception à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de la note verbale en date de ce jour conçue en ces termes:

« L'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne a l'honneur de porter à la connaissance du Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg ce qui suit.

Le chapitre III du Traité signé en date de ce jour ne concerne que le prélèvement sur la fortune d'après la loi allemande sur la péréquation des charges. Comme le prélèvement sur la fortune n'est pas perçu sur des fortunes situées au « Saarland », le chapitre susmentionné du Traité ne peut y être appliqué, même à défaut d'une disposition expresse. Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne est toutefois disposé à entrer en pourparlers avec le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg au sujet de l'application au „Saarland" de ce chapitre du Traité, au cas où la perception d'un impôt sur la fortune destiné à fournir des fonds pour l'indemnisation des dommages de guerre, des domages subis par les personnes déplacées et les dommages de l'Est (Ostschäden) serait introduite au „Saarland".

Si le Gouvernement luxembourgeois accepte cette propositon, la présente note verbale et la réponse du Ministère des Affaires Etrangères seront considérées comme formant un accord. »

Le Ministère des Affaires Etrangères a l'honneur de faire connaître à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'accord du Gouvernement luxembourgeois sur ce qui précède.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Ministerium der
Auswärtigen Angelegenheiten

Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland den Empfang ihrer Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten folgendes mitzuteilen:

Teil III des heute unterzeichneten Vertrages bezieht sich nur auf die Vermögensabgabe nach dem deutschen Lastenausgleichsgesetz. Da die Vermögensabgabe von Vermögen im Saarland nicht erhoben wird, kann dort der vorstehend bezeichnete Teil des Vertrages, ohne daß es einer besonderen Vorschrift bedarf, keine Anwendung finden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist aber bereit, mit der Regierung des Großherzogtums Luxemburg in Verhandlungen über die Anwendung dieses Teils des Vertrages im Saarland einzutreten, falls im Saarland die Erhebung einer Steuer von Vermögen zur Deckung des Mittelbedarfs für die Abgeltung von Kriegssachschäden, Vertreibungsschäden oder Ostschäden eingeführt werden sollte.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden."

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland das Einverständnis der luxemburgischen Regierung zu der vorgeschlagenen Regelung mitzuteilen.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten benutzt auch diese Gelegenheit, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An die
Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland
Luxemburg

7. Notenwechsel zu Teil IV

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur, en se référant au chapitre IV du Traité signé en date de ce jour, de faire part à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de ce qui suit:

Dès l'entrée en vigueur de ces dispositions, le Gouvernement luxembourgeois autorisera les trois entreprises d'assurance allemandes (Agrippina See-, Fluß- und Landtransportversicherungsgesellschaft, Colonia Kölnische Versicherungs-Aktiengesellschaft, Nordstern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft) qui ont déjà introduit des demandes d'admission, à faire des opérations d'assurance de choses dans le cadre fixé par ces demandes, sans préjudice des prescriptions en vigueur au Luxembourg concernant l'admission de compagnies d'assurance étrangères.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute consideration.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la Réqublique
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Ministerium der
Auswärtigen Angelegenheiten

Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Bezug auf Teil IV des heute unterzeichneten Vertrages folgendes mitzuteilen:

Die luxemburgische Regierung ist bereit, sobald diese Regelung wirksam wird, den drei deutschen Versicherungsunternehmen (Agrippina See-, Fluß- und Landtransportversicherungsgesellschaft, Colonia Kölnische Versicherungs-Aktiengesellschaft, Nordstern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft), die bereits Zulassungsanträge gestellt haben, unbeschadet der in Luxemburg geltenden Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Versicherungsunternehmen, die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb der Schadensversicherung im Rahmen der gestellten Anträge zu erteilen.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten benutzt auch diese Gelegenheit, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An die
Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland
Luxemburg

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten den Empfang seiner Verbalnote vom heutigen Tage, betreffend die Zulassung von drei deutschen Versicherungsunternehmen zum Geschäftsbetrieb der Schadensversicherung in Luxemburg, zu bestätigen.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland hat mit Befriedigung von dem Inhalt der Note Kenntnis genommen und wird nicht verfehlen, die zuständigen Stellen entsprechend zu verständigen.

Die Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

8. Notenwechsel zu Teil V

Ministère
des Affaires Étrangéres

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur en se référant à l'article 20 du Traité signé en date de ce jour de proposer ce qui suit à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne:

(1) Les droits et obligations résultant de contrats conclus par les autorités luxembourgeoises au sujet du territoire désigné à l'article 20 du Traité sont assumés par le Land Rheinland-Pfalz.

(2) L'exploitation de la forêt domaniale par les autorités luxembourgeoises dans le territoire désigné ci-dessus cessera à la fin de l'année forestière (30 septembre) au cours de laquelle le Traité entrera en vigueur.

Si le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne accepte cette proposition, la présente note verbale et la réponse de l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne seront considérées comme formant un accord.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten den Empfang der Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 20 des heute unterzeichneten Vertrages folgendes vorzuschlagen:

1. In die von den luxemburgischen Behörden bezüglich des in Artikel 20 des Vertrages bezeichneten Gebiets begründeten Rechte und Pflichten tritt das Land Rheinland-Pfalz ein.
2. Die Bewirtschaftung des Staatsforstes durch die luxemburgischen Behörden im vorbezeichneten Gebiet endet mit dem Ablauf des Forstwirtschaftsjahres (30. September), in dem der Vertrag in Kraft tritt.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote der Botschaft als eine Vereinbarung angesehen werden."

Die Botschaft darf mitteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit diesem Vorschlag einverstanden ist und benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

9. Notenwechsel betreffend Rückgabe des grenznahen Grundbesitzes

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur, en se référant au Traité signé en date de ce jour, de faire part à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de ce qui suit.

1. Le Gouvernement luxembourgeois se déclare disposé à libérer les terrains frontaliers de propriétaires allemands, sans demande, sans perception de taxes et sans autres conditions. Sont considérés comme terrains frontaliers toutes propriétés foncières de caractère agricole, forestier ou vinicole, situées au Luxembourg et exploitées, depuis le territoire allemand, soit directement, soit indirectement (par exemple par voie de fermage), à condition que les propriétaires habitent la zone frontalière allemande. Sont considérés en outre comme terrains frontaliers toutes propriétés foncières sises au Luxembourg et appartenant à des communes frontalières allemandes, même si ces propriétés sont destinées à l'usage public ou sont exploitées en commun.

2. Le Gouvernement luxembourgeois se réserve d'exclure de la libération les propriétés désignées dans la liste ci-jointe pour lesquelles des procédures d'expropriation sont envisagées en vue de la réalisation de projets d'intérêt public de l'État luxembourgeois ou de communes luxembourgeoises. Les propriétaires de ces immeubles seront entendus par les autorités luxembourgeoises compétentes. Ils ont droit à une indemnisation équitable, conformément aux principes de la législation luxembourgeoise.

Le présent arrangement sortira ses effets au moment de l'entrée en vigueur du Traité mentionné ci-dessus.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la
République Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten den Empfang seiner Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag folgendes mitzuteilen:

1. Die luxemburgische Regierung erklärt sich bereit, den grenznahen Grundbesitz deutscher Eigentümer ohne Antrag, ohne Ansetzung von Gebühren und ohne Auferlegung weiterer Bedingungen freizugeben. Als grenznaher Grundbesitz gelten alle Grundstücke, die in Luxemburg gelegen sind und von Deutschland aus land-, forst- oder weinwirtschaftlich — sei es unmittelbar, sei es mittelbar (z. B. durch Verpachtung) — genutzt werden, sofern die Eigentümer im grenznahen deutschen Gebiet wohnen. Als grenznaher Grundbesitz soll ferner sämtlicher in Luxemburg gelegener Grundbesitz deutscher Grenzgemeinden gelten, und zwar auch dann, wenn er dem Gemeingebrauch dient oder genossenschaftlich genutzt wird.

2. Die luxemburgische Regierung behält sich vor, die in der anliegenden Liste bezeichneten Grundstücke, hinsichtlich derer Enteignungsverfahren zur Durchführung öffentlicher Vorhaben des luxemburgischen Staates oder luxemburgischer Gemeinden geplant sind, von der Freigabe auszuschließen. Die Eigentümer dieser Grundstücke werden von den zuständigen luxemburgischen Behörden gehört werden. Sie haben, entsprechend den Grundsätzen der luxemburgischen Gesetzgebung, Anspruch auf eine gerechte Entschädigung.

Die vorstehende Regelung wird mit dem Inkrafttreten des oben bezeichneten Vertrages wirksam."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland hat von dem Inhalt der angeführten Verbalnote Kenntnis genommen und benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

Anlage

Biens frontaliers
qui seraient à exclure d'une restitution aux anciens propriétaires

1. Réalisation du projet de jonction des routes de la Sûre et de l'Our

Nos du cadastre	Noms et prénoms des Propriétaires	Profession ou qualité	Demeure	Lieux-dits	Nature de la propriété	Contenance des parcelles à incorporer ha	ar	ca
282/385	Bisenius Suzanne	cultivateur	Wallendorf	In der Oicht	labour		18	40
82/723	Engel-Klepper Nic.	ouvrier	Wallendorf	Jenkenberg	vaine		15	30
114/531	Frideres Georges (Lacaf)	menuisier	Wallendorf	beim Eselsbour	labour		7	70
85[8]/520	id.	id.	id.	Jenkenberg	pré		13	10
114/532	Jacoby François (Reding)	cultivateur	Wallendorf	beim Eselsbour	labour		6	70
104/725	Ludwig Pierre	cultivateur	Wallendorf	Mideschband	labour		87	20
157/657	Olk Jean-Baptiste-Jacoby	cultivateur	Wallendorf	beim Buschweg	labour		21	80
142[6]	Reif Henri (Winandy)	cultivateur	Wallendorf	id.	labour		18	60
282/384	Steffes Mathias Zender, les héritiers	cultivateur	Wallendorf 3/5es indivis	In der Oicht	labour		19	50
82[2]	Schmalen Michel (Peters)	cultivateur	Wallendorf	Jenkenberg	labour		14	60
282/935	Wenzel Franz-Lentz la veuve	cultivateur	Wallendorf	In der Oicht	labour		47	80
142/333	Winandy Nic., la veuve et héritiers (Hermes)	cultivateur	Wallendorf	beim Buschweg	labour		33	20

2. Redressement de la route nº 19 Diekirch-Wasserbillig entre Moersdorf et Wasserbillig

A								
1324/1954	Lambrich Aloyse (Hoffmann)	cheminot	Langsur, Mesenicher Str. 22	Ob Ham	labour		0	07
1324/1248	Ley Barbe Marie (Metzdorf)	la Vve	Langsur, Sauerstr. 30	id.	labour		1	34
1327[4]/808	Hoffmann Aloyse fils de Hoffmann Math. Lutz	cultiv. + vigneron	Langsur, Mesenicher Str. 1	id.	labour		4	44
1327[3]	Heintz Henri (Clasen)	cultivateur	Langsur, Trierer Str. 13	id.	labour		4	22
1327[3]	idem	id.	id.	id.	labour		3	91
1327[4]/808	Hoffmann Aloyse fils de Hoffmann Math. Lutz	cultivateur vigneron	Langsur, Mesenicher Str. 1	id.	labour		5	36
1331[3]/1848	Les 5 héritiers de Schons Math. Ries	cultivateur	Langsur, Mesenicher Str. 43	id.	labour		1	42

Nos du cadastre	Noms et prénoms des Propriétaires	Profession ou qualité	Demeure	Lieux-dits	Nature de la propriété	Contenance des parcelles à incorporer ha ar ca
1331 [3] / 1849	Ries Jean (Lutz)	cultivateur	Langsur, Trierer Str. 30	Ob Ham	labour	1 79
1315 [6] / 1193	Fonck Math.	cultivateur	Langsur, unterm Friedhof 7	id.	labour	6 51
1315 [6] / 1196						
1315 [5]	Ley Pierre la Vve. (Metzdorf)	cultivatrice	Langsur, Sauerstr. 13	id.	labour	3 19
1315 [4]	Metzdorf Jean (Heintz)	vigneron	Oberbillig, Nr. 96	id.	labour	3 28
1272 / 1183	Braun Charles (Ludwig)	jardinier	Langsur, Trierer Str. 29	id.	labour	0 13
1266	Les 8 héritiers de Vve Bamberg Pierre Binz		Langsur, Trierer Str. 20	id.	labour	8 41
1262 / 1181 [2]	Heck Mathias (Hoffmann)	cultivateur	Langsur	id.	labour	1 80
1280 / 2121	Les 10 héritiers Vve Thull Nic.-Ries	vignerons	Langsur, Mesenicher Str. 24	id.	labour	1 23
1281 / 2122	Paulus Joseph (Thull)	vigneron	Langsur	id.	labour	1 67
1282 / 2123	Thull Nic. (Ries)	vigneron	Langsur	id.	labour	0 77
	3. Construction du port fluvial Mertert–Grevenmacher					
A 2492 / 6152 [2]	Wider Arnould-Keiffer Vve et enfants		Temmels	auf der Langwies	pré	45 80
2579 / 5017	Buttscheid Nic.	maçon	Temmels	id.	pré	75 40
2577 / 5016	Kohn Marie	sans état	Temmels	id.	pré	20 90
C 2103 / 5331	Brosius Henri	cultivateur	Temmels	auf dem Stoit	pré	88 08
2082	Hemmerling Jean-Pierre + Mathias	cultivateurs	Nittel	auf dem Stoit	pré	7 50
2084	id.	cultivateurs	Nittel	auf dem Stoit	pré	3 00
2086	id.	cultivateurs	Nittel	auf dem Stoit	pré	16 30
2103 / 5332	id.	cultivateurs	Nittel	auf dem Stoit	pré	57 00
2103 / 5333	id.	cultivateurs	Nittel	auf dem Stoit	pré	91 00

10. Notenwechsel betreffend beschlagnahmtes deutsches Vermögen

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur, en se référant au Traité signé en date de ce jour, de faire part à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de ce qui suit.

1. Les demandes en libération de biens allemands non encore saisis par l'Office des Séquestres luxembourgeois feront l'objet d'un examen bienveillant de la part des autorités luxembourgeoises; il ne sera pas procédé à la confiscation de ces biens, sauf pour motifs graves.

2. Les demandes en libération de propriété foncières allemandes non encore liquidées seront examinées avec bienveillance par les autorités luxembourgeoises dans le cadre de la législation existante; la libération de ces biens sera accordée, à moins que des motifs graves ne s'y opposent.

3. L'Office des Séquestres procédera, à la demande de l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne à un nouvel examen de cas individuels qui, pour des motifs sociaux ou autres, ont donné lieu à des rigueurs particulières. Il en sera de même pour les successions déjà liquidées de ressortissants luxembourgeois ou d'autres ressortissants non allemands, si la succession a été ouverte seulement après la signature de la Convention I.A.R.A. (24 janvier 1946). Un montant global ne pouvant dépasser 12 millions de francs luxembourgeois sera affecté au règlement de ces cas.

4. Le Gouvernement luxembourgeois continuera à fournir à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne tous renseignements utiles en matière de séquestre.

Le présent arrangement sortira ses effets au moment de l'entrée en vigueur du traité mentionné ci-dessus.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la
République Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten den Empfang seiner Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag folgendes mitzuteilen:

1. Anträge auf Befreiung von deutschen Vermögenswerten, die bisher noch nicht durch das luxemburgische Sequesteramt erfaßt waren, werden durch die luxemburgischen Behörden wohlwollend geprüft; falls nicht schwerwiegende Gründe entgegenstehen, wird von der Beschlagnahme dieser Werte abgesehen.

2. Anträge auf Befreiung von deutschem Grundbesitz, der noch nicht liquidiert ist, werden von den zuständigen luxemburgischen Behörden im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung wohlwollend geprüft; falls nicht schwerwiegende Gründe entgegenstehen, wird die Befreiung dieser Vermögenswerte gewährt.

3. Auf Antrag der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wird das Sequesteramt eine erneute Überprüfung von einzelnen Fällen vornehmen, die aus sozialen oder anderen Gründen zu besonderen Härten Anlaß gegeben haben. Dies gilt auch für bereits liquidierte Nachlässe luxemburgischer oder sonstiger nichtdeutscher Staatsangehöriger, falls der Erbfall erst nach der Unterzeichnung des I.A.R.A-Abkommens (24. Januar 1946) eingetreten ist. Zur Regelung dieser Fälle wird eine auf 12 Millionen luxemburgische Franken begrenzte Gesamtsumme bereitgestellt.

4. Die luxemburgische Regierung erklärt sich bereit, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wie bisher alle zweckdienlichen Auskünfte in Sequesterangelegenheiten zu erteilen.

Die vorstehende Regelung wird mit dem Inkrafttreten des oben bezeichneten Vertrages wirksam."

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland hat von dem Inhalt der angeführten Verbalnote Kenntnis genommen und benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

11. Notenwechsel betreffend deutsche Friedhöfe in Luxemburg

Gesandtschaft
der
Bundesrepublik Deutschland

Die Deutsche Gesandtschaft beehrt sich, dem Großherzoglich Luxemburgischen Außenministerium Kenntnis davon zu geben, daß die deutsche Bundesregierung ihr Einverständnis zu den nachstehenden am 30. Mai in einer Besprechung zwischen Vertretern des Großherzoglichen Außenministeriums und dem deutschen Gesandten getroffenen Vereinbarungen über die endgültige Beisetzung der in Luxemburg ruhenden deutschen Gefallenen erklärt.

1. Die großherzoglich luxemburgische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß alle in Luxemburg beigesetzten deutschen Toten auf den bereits bestehenden Friedhof Sandweiler umgebettet werden, mit Ausnahme der Toten auf dem Friedhof in Clausen.
2. Den deutschen Toten auf diesen Friedhöfen wird ein dauerndes Ruherecht gewährt.
3. Für die Ausgrabung der Toten und für die Wiedereinbettung in Sandweiler werden die für die Erdarbeiten erforderlichen Arbeitskräfte von der großherzoglichen Regierung zur Verfügung gestellt.
4. Sie übernimmt außerdem den Transport der Leichen von ihrem ursprünglichen Bestattungsort nach Sandweiler.
5. In Sandweiler übernimmt sie die Toten zur Wiedereinbettung und planiert das Gelände nach Abschluß der Umbettung.

Die gemäß vorstehenden Artikeln zu erbringenden Leistungen erfolgen unentgeltlich.

6. Die deutsche Bundesregierung stellt der luxemburgischen Regierung auf ihre Kosten ein Umbettungskommando in entsprechender Stärke zur Verfügung, das die Bergung und Identifizierung der Toten vornimmt.
7. Sie stellt außerdem die Hüllen, in welche die Gebeine geborgen und in denen sie transportiert und wieder beigesetzt werden, auf ihre Kosten zur Verfügung.
8. Die deutsche Bundesregierung wird den Friedhof nach Abschluß der Umbettungen auf ihre Kosten endgültig ausgestalten und zwar auf Grund bisher gemachter langjähriger Erfahrungen, in der Weise, daß die Pflege der neugeschaffenen Anlage möglichst niedrige Kosten erfordert.
9. Die deutsche Bundesregierung wird sich über die Ausgestaltung des Friedhofes mit der luxemburgischen Regierung verständigen und die endgültigen Pläne zur Genehmigung vorlegen.
10. Die luxemburgische Regierung wird nach Fertigstellung des Ausbaues zunächst für ein Jahr die Pflege des Friedhofes unentgeltlich übernehmen. Zur Pflege gehören nicht notwendig werdende Nachpflanzungen sowie das Instandhalten der Kreuze und etwaiger sonstiger Bauten. Nach Ablauf dieses Jahres werden beide Regierungen über die weitere Regelung endgültige Vereinbarungen treffen.

    Dies gilt auch für den Friedhof in Clausen, der ebenso wie Sandweiler instand gesetzt wird.
11. Die deutsche Bundesregierung ist befugt, alle für den Ausbau des Friedhofes erforderlichen Materialien, soweit sie nicht in Luxemburg zu beschaffen sind, sowie Werkzeuge und Kunstgegenstände frei von Zoll und sonstigen Gebühren nach Luxemburg einzuführen.
12. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wird von der deutschen Bundesregierung beauftragt, für sie die in diesem Abkommen vorgesehenen Aufgaben und Arbeiten auszuführen.
13. Umbettungen von deutschen Gefallenen nach Deutschland auf Antrag ihrer Angehörigen unterliegen der Genehmigung des Herrn Luxemburgischen Minister des Innern. Die Genehmigung soll nur nach Vorlage einer vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. auszustellenden Bescheingung über den genauen Grabnachweis erteilt werden.

Die Deutsche Gesandtschaft benutzt diese Gelegenheit, dem Großherzoglich Luxemburgischen Außenministerium den Ausdruck ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu übermitteln.

Luxemburg, den 23. Juni 1952

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Note Verbale

Le Ministère des Affaires Étrangères présente ses compliments à la Légation de la République Fédérale d'Allemagne et a l'honneur d'accuser réception de la note 516-00/442/52 datée du 23 juin 1952 concernant un arrangement administratif conclu comme suite aux entretiens qui ont eu lieu entre Son Excellence M. le Ministre de la République Fédérale d'Allemagne d'une part et des représentants du Ministère de l'Intérieur et du Ministère des Affaires Étrangères d'autre part. La teneur de cet arrangement se trouve consignée dans la note précitée.

Luxembourg, le 3 juillet 1952

A la Légation
de la République Fédérale
d'Allemagne
Luxembourg

Ministerium
der Auswärtigen Angelegenheiten

Verbalnote

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland den Eingang der Note 516-00/442/52 vom 23. Juni 1952 über ein Verwaltungsabkommen zu bestätigen, welches im Anschluß an die von Seiner Exzellenz dem Herrn Gesandten der Bundesrepublik Deutschland einerseits mit Vertretern des Innenministeriums und des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten andererseits geführten Besprechungen abgeschlossen wurde. Der Wortlaut dieses Abkommens ist in der obenerwähnten Note niedergelegt.

Luxemburg, den 3. Juli 1952

An die
Gesandtschaft der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Botschaft
der
Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, auf die Verbalnote der Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Juni 1952 und die Verbalnote des Großherzoglich Luxemburgischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten vom 3. Juli 1952 betreffend die deutschen Friedhöfe in Luxemburg Bezug zu nehmen und erlaubt sich, in Durchführung von Ziffer 10 des in diesem Notenwechsel getroffenen Abkommens und in Ergänzung dieses Abkommens folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erstattet der luxemburgischen Regierung die Kosten für die Pflege der deutschen Friedhöfe in Luxemburg für die Zeit vom 16. Juni 1956 bis zum 31. März 1959.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt ab 1. April 1959 die Pflege und Instandhaltung der deutschen Friedhöfe in Luxemburg im Einvernehmen mit den zuständigen luxemburgischen Behörden.

Entsprechend der Bestimmung unter Ziffer 12 des eingangs erwähnten Notenwechsels wird der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V." von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland weiterhin beauftragt, für sie die vorgesehenen Pflege- und Instandhaltungsarbeiten auszuführen.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammenn mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden.

Die Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An das
Großherzoglich Luxemburgische
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministère
des Affaires Étrangères

Le Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg a l'honneur d'accuser réception à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne de la note verbale de ce jour conçue en ces termes:

« L'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne a l'honneur de se référer à la note verbale de la Légation de la République Fédérale d'Allemagne en date du 23 juin 1952 et à la note verbale du Ministère des Affaires Étrangères du Grand-Duché de Luxembourg en date du 3 juillet 1952 concernant les cimetières allemands au Luxembourg. L'Ambassade se permet de proposer l'arrangement suivant, en vue d'assurer l'application du numéro 10 de l'accord documenté par cet échange de notes et en vue de compléter cet accord.

1. Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne rembourse au Gouvernement luxembourgeois les frais d'entretien des cimetières allemands au Luxembourg pour la période du 16 juin 1956 au 31 mars 1959.

2. Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne prend à sa charge l'entretien des cimetières

Ministerium der
Auswärtigen Angelegenheiten

Das Großherzoglich Luxemburgische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland den Empfang ihrer Verbalnote vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, auf die Verbalnote der Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Juni 1952 und die Verbalnote des Großherzoglich Luxemburgischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten vom 3. Juli 1952 betreffend die deutschen Friedhöfe in Luxemburg Bezug zu nehmen und erlaubt sich, in Durchführung von Ziffer 10 des in diesem Notenwechsel getroffenen Abkommens und in Ergänzung dieses Abkommens folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erstattet der luxemburgischen Regierung die Kosten für die Pflege der deutschen Friedhöfe in Luxemburg für die Zeit vom 16. Juni 1956 bis zum 31. März 1959.

2. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt ab 1. April 1959 die Pflege und Instand-

allemands au Luxembourg à partir du 1er avril 1959, en accord avec les autorités luxembourgeoises compétentes.

Conformément à la disposition du numéro 12 de l'échange de notes susdit, le « Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. » reste chargé par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne d'exécuter, à sa place, les travaux d'entretien prévus.

Si le Gouvernement luxembourgeois accepte la proposition qui précède, la présente note verbale et la réponse du Ministère des Affaires Étrangères seront considérées comme formant un accord. »

Le Ministère des Affaires Étrangères a l'honneur de faire connaître à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'accord du Gouvernement luxembourgeois sur ce qui précède.

Le Ministère des Affaires Étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de la République Fédérale d'Allemagne l'expression de sa très haute considération.

Luxembourg, le 11 juillet 1959

Ambassade de la République
Fédérale d'Allemagne
Luxembourg

haltung der deutschen Friedhöfe in Luxemburg im Einvernehmen mit den zuständigen luxemburgischen Behörden.

Entsprechend der Bestimmung unter Ziffer 12 des eingangs erwähnten Notenwechsels wird der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V." von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland weiterhin beauftragt, für sie die vorgesehenen Pflege- und Instandhaltungsarbeiten auszuführen.

Falls die luxemburgische Regierung sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird diese Verbalnote zusammen mit der Antwortnote des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten als eine Vereinbarung angesehen werden."

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland das Einverständnis der luxemburgischen Regierung zu der vorgeschlagenen Regelung mitzuteilen.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten benutzt auch diese Gelegenheit, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Luxemburg, den 11. Juli 1959

An die
Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland
Luxemburg

I.

Denkschrift zu dem Vertrag

Im Juli 1957 haben der Bundeskanzler und der luxemburgische Ministerpräsident eine Gemischte deutsch-luxemburgische Kommission eingesetzt, die den Auftrag erhielt, die zwischen der Bundesrepublik und Luxemburg noch offenen Fragen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit zu erörtern und im Rahmen der beiderseitigen völkerrechtlichen Bindungen zu bereinigen. Die Kommission hat ihre Arbeiten im Januar 1958 aufgenommen und im Mai 1959 beendet. In zahlreichen Verhandlungen, die in zunehmend freundschaftlichem Geiste verliefen, hat die Kommission in aller Offenheit die bestehenden Streitfragen erörtert. Besonders schwierig gestaltete sich die Behandlung jener Probleme, die aus der vom nationalsozialistischen Regime vollzogenen verwaltungsmäßigen Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich, insbesondere der Einsetzung eines „Chefs der Zivilverwaltung", herrühren.

1. Wiedergutmachung

Nach dem Bundesentschädigungsgesetz in der Fassung vom 29. Juni 1956 haben — abgesehen von Staatenlosen und Flüchtlingen nach näherer Bestimmung des Gesetzes — grundsätzlich nur diejenigen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung gesetzlichen Anspruch auf Wiedergutmachung, die eine räumliche Beziehung zur Bundesrepublik oder zum Deutschen Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 hatten.

Die Bundesregierung hat sich jedoch — nicht zuletzt im Bewußtsein der menschlichen Seite dieser Frage — bereit erklärt, mit der Regierung des Großherzogtums Luxemburg in Erörterungen über Leistungen zugunsten der aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen Luxemburger einzutreten, die vom Bundesentschädigungsgesetz nicht erfaßt werden.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist in Artikel 1 des Vertrages niedergelegt.

2. Kriegsopferversorgung

Im Zuge der Maßnahmen des „Chefs der Zivilverwaltung" wurde in Luxemburg die deutsche Wehrpflicht eingeführt. Außerdem wurden Luxemburger im Verlauf des Krieges der Dienstpflicht im Reichsarbeitsdienst, der Notdienstpflicht und anderen militärähnlichen Dienstpflichten unterworfen. Hierbei haben zahlreiche Luxemburger — zum Teil

durch unmittelbare Kriegseinwirkung — den Tod gefunden oder gesundheitliche Schädigungen erlitten.

Entsprechend dem Ziel der Verhandlungen, die bestehenden strittigen Fragen möglichst abschließend zu bereinigen, wurde eine befriedigende Lösung gefunden, deren Ausgangspunkt § 8 des Bundesversorgungsgesetzes ist. Dieses Gesetz bildet die Grundlage für die Bestimmung des vom Vertrag erfaßten Personenkreises und die nach dem Vertrag zu erbringenden deutschen Leistungen. Aus politischen und verwaltungswirtschaftlichen Überlegungen sieht der Vertrag eine Kapitalisierung der Versorgungsleistungen vor, die für die am 1. Januar 1958 vorhandene Zahl der von ihm erfaßten luxemburgischen Kriegsopfer nach den damals gültigen deutschen Vorschriften im Falle einer Einzelversorgung zu erbringen gewesen wäre. Die nach Abschluß der Einzelberechnungen und der Vereinbarung eines Kapitalisierungsschlüssels noch festzulegende Gesamtsumme wird die Bundesregierung an die luxemburgische Regierung zahlen, die den Betrag mit den von ihr nach luxemburgischem Recht gewährten und zu gewährenden Versorgungsleistungen verrechnen wird.

Ausgeschlossen von der Regelung sind diejenigen luxemburgischen Zivilpersonen, die außerhalb eines militärischen oder militärähnlichen Dienstes im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes auf luxemburgischen Boden Schädigungen durch unmittelbare Kriegseinwirkung erlitten haben und zur Zeit der Schädigung keinem Aufenthaltszwang unterlegen sind.

3. Sozialversicherung

Durch ihre im Jahre 1940 erfolgte Eingliederung in die deutsche Reichsversicherung sind der luxemburgischen Sozialversicherung hohe Schäden entstanden, die an Hand der in der Bundesrepublik und in Luxemburg noch vorhandenen Unterlagen festgestellt worden sind. Ohne daß die zwischenstaatlichen Bindungen der Bundesrepublik berührt werden, war eine befriedigende Regelung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften nur dadurch möglich, daß Luxemburg grundsätzlich die Verpflichtungen aus allen in Luxemburg vor dem 1. Januar 1946 in den Rentenversicherungen zurückgelegten Versicherungszeiten übernimmt. Das gleiche gilt für Versicherungszeiten, die zwischen 1940 und 1946 von Luxemburgern unfreiwillig in den deutschen Rentenversicherungen außerhalb Luxemburgs zurückgelegt wurden. Mit der Zahlung des vorgesehenen Pauschalbetrages sind nicht nur alle beiderseitigen Forderungen im Bereich der Sozialversicherung abgegolten, sondern darüber hinaus die Voraussetzungen für den baldigen Abschluß einer deutsch-luxemburgischen Vereinbarung über die sozialversicherungsrechtliche Lage derjenigen Deutschen geschaffen, die unter Beibehaltung ihres deutschen Wohnorts als Grenzgänger in Luxemburg beschäftigt sind.

In einer durch Notenwechsel (vgl. Notenwechsel I zu Teil II des Vertrages) getroffenen Vereinbarung hat sich die luxemburgische Regierung verpflichtet, an Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen und auf Grund des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei der Entschädigung von Betriebsunfällen (Nr. 19) eine Rente aus der luxemburgischen Unfallversicherung bezogen haben, auch die gesetzlich vorgesehenen Rentenaufwertungsbeträge für die Zeit vom 1. Januar 1956 bis 31. Dezember 1958 nachzuzahlen. In einem weiteren Notenwechsel (vgl. Notenwechsel II zu Teil II des Vertrages) wurde vereinbart, daß gewisse, in einer Anlage zum Notenwechsel aufgeführte, nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz abzulösende Ansprüche luxemburgischer Träger der Rentenversicherung durch die nach Artikel 3 des Vertrages von der Bundesrepublik Deutschland an das Großherzogtum Luxemburg zu leistende Zahlung als abgegolten gelten.

4. Doppelbesteuerungsfragen bei der Vermögensabgabe zum Lastenausgleich

Nach dem Lastenausgleichsgesetz war auch das Heimatvermögen der am 21. Juni 1948 in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) ansässigen und daher unbeschränkt abgabepflichtigen luxemburgischen Staatsangehörigen zur Vermögensabgabe heranzuziehen. Auf Grund der getroffenen Doppelbesteuerungsvereinbarung unterliegt das Heimatvermögen luxemburgischer Staatsangehöriger nicht mehr der deutschen Vermögensabgabe, während Luxemburg deutsche Staatsangehörige in Luxemburg von der Erhebung einer einmaligen Abgabe für ihr in Luxemburg belegenes Vermögen freistellt und noch ausstehende Forderungen auf Kriegsgewinnsteuern von deutschen Staatsangehörigen nicht mehr erhebt (vgl. Notenwechsel II zu Teil III des Vertrages).

Es handelt sich bei der getroffenen Regelung somit um eine Doppelbesteuerungsvereinbarung, die zur Betonung des engen Zusammenhangs mit der Gesamtregelung der in dem Vertrag enthaltenen Fragen nicht in das am 23. August 1958 in Luxemburg unterzeichnete Doppelbesteuerungsabkommen (vgl. Bundesgesetzbl. 1959 II S. 1269, 1270) oder in ein Zusatzprotokoll dazu, sondern in den deutsch-luxemburgischen Vertrag selbst aufgenommen worden ist. Doppelbesteuerungsvereinbarungen haben nach international anerkanntem Recht keine Anwendung von Meistbegünstigungsklauseln zur Folge. Die mit Luxemburg hinsichtlich der Vermögensabgabe getroffene Regelung wird somit von der Meistbegünstigung, die den Angehörigen der Vereinten Nationen in Artikel 10 des Zehnten Teils des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 405) auch auf dem Gebiet des Lastenausgleichs eingeräumt worden ist, nicht erfaßt.

Soweit sich bei der Erhebung der einmaligen Abgaben vom Vermögen besondere Härten ergeben, werden die obersten Finanzbehörden der Vertragsparteien prüfen, ob die Härten im Billigkeitswege beseitigt werden können (Artikel 15 des Vertrages). In einem Notenwechsel (vgl. Notenwechsel I zu Teil III [Artikel 15] des Vertrages) sind unter Bezugnahme auf diese Bestimmung Tatbestände

bezeichnet, deren Regelung im Billigkeitswege bereits jetzt für gerechtfertigt gehalten wird.

In einem weiteren Notenwechsel (vgl. Notenwechsel III zu Teil III des Vertrages) erklärt die Bundesregierung ihre Bereitschaft, über die Anwendung des Teils III des Vertrages im Saarland in Verhandlungen mit der Regierung des Großherzogtums Luxemburg einzutreten, falls im Saarland eine einmalige Abgabe vom Vermögen eingeführt werden sollte.

5. Privatversicherung

Während des Krieges wurden die Bestände der in Luxemburg tätigen Versicherungsunternehmen — mit wenigen Ausnahmen — zwangsweise in zwei auf Anordnung des Chefs der Zivilverwaltung in Luxemburg errichtete öffentlich-rechtliche (Sach- und Lebens-) Versicherungsanstalten überführt. Bei der Rückübertragung dieser Bestände im Oktober 1944 hat die luxemburgische Regierung vor dem 1. Oktober 1944 fällig gewordene Ansprüche luxemburgischer Versicherungsnehmer aus Versicherungsverträgen mit diesen beiden Anstalten bzw. den noch in Luxemburg tätig gewesenen deutschen Versicherungsunternehmen erfüllt.

Die getroffene Regelung sieht eine Abrechnung zwischen der luxemburgischen Regierung und den beteiligten deutschen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen vor. Sie schafft damit auch eine Voraussetzung für die Zulassung deutscher Sachversicherungsgesellschaften zum Geschäftsbetrieb in Luxemburg (vgl. Notenwechsel zu Teil IV des Vertrages).

6. Grenzfragen

Im Pariser Sechs-Mächte-Abkommen vom 22. März 1949 sind zugunsten Frankreichs und der Benelux-Staaten gewisse vorläufige Änderungen der deutschen Westgrenze vereinbart worden. Durch Artikel 1 Abs. 2 der zu ihrer Durchführung ergangenen Verordnung Nr. 212 der französischen Militärregierung vom 23. April 1949 wurde das (unbewohnte) Gebiet des Kammerwaldes aus der französischen Besatzungszone ausgegliedert und unter luxemburgische Verwaltung gestellt. Außerdem war vorgesehen, zu einem späteren Zeitpunkt das Dorf ROTH und das Gut NEUSCHEUERHOF der luxemburgischen Verwaltung zu unterstellen. Dank der verständnisvollen Haltung der luxemburgischen Regierung wurden jedoch die letztgenannten, besiedelten Gebietsteile nicht in luxemburgische Verwaltung genommen.

In dem vorliegenden Vertrag verzichtet Luxemburg auf die ihm im Gebiet des Kammerwaldes übertragenen Rechte. Für das Gebiet des Kammerwaldes kommt Artikel 23 des Grundgesetzes nicht zum Zuge, da das rechtliche Band zwischen diesem Gebietsteil und dem Lande Rheinland-Pfalz nie ganz getrennt war und es sich im übrigen lediglich um eine im Rahmen einer Grenzberichtigung vorgenommene Rückgliederung eines unbewohnten Gebietsteiles handelt. Im Hinblick darauf war es auch nicht erforderlich, einen Vorbehalt des Friedensvertrages gemäß Artikel 7 Abs. 1 Satz 2 des Deutschlandvertrages in den Vertragstext aufzunehmen.

Durch Notenwechsel (vgl. Notenwechsel zu Teil V des Vertrages) wurde vereinbart, daß die Bewirtschaftung des Staatsforstes im Kammerwaldgebiet durch die luxemburgischen Behörden mit dem Ablauf des Forstwirtschaftsjahres (30. September) endet, in dem der Vertrag in Kraft tritt, und festgelegt, daß in die von den luxemburgischen Behörden im Gebiet des Kammerwaldes begründeten Rechte und Pflichten das Land Rheinland-Pfalz eintritt.

7. Außerhalb des Vertrags getroffene Vereinbarungen

Eine Reihe von Fragen von besonderer politischer Bedeutung, die nicht Gegenstand des Vertrages selbst sind, wurden durch Notenwechsel erledigt (vgl. 9. bis 11. Notenwechsel).

a) Grenznaher Grundbesitz

Die luxemburgische Regierung wird den von der deutschen Seite aus bewirtschafteten land-, forst- oder weinwirtschaftlich genutzten grenznahen Grundbesitz bedingungslos den früheren Eigentümern zurückgeben unter der Voraussetzung, daß diese im grenznahen deutschen Gebiet wohnen. Die luxemburgische Regierung behält sich allerdings vor, einige näher bezeichnete Grundstücke für öffentliche Zwecke in Anspruch zu nehmen, wobei im Verhandlungswege den Berechtigten eine gerechte Entschädigung gewährt wird. Die Regelung sichert zahlreiche kleinbäuerliche Existenzen, die bisher ihren beschlagnahmten Grund und Boden nur pachtweise nutzen konnten.

b) Beschlagnahmtes deutsches Vermögen

Hinsichtlich des beschlagnahmten deutschen Vermögens in Luxemburg hat die luxemburgische Regierung einer Regelung zugestimmt, die sich auf die vom Sequesteramt noch nicht erfaßten Vermögenswerte sowie auf den noch nicht liquidierten Grundbesitz erstreckt und darüber hinaus in Fällen besonderer sozialer und sonstiger Härten den Berechtigten gewisse Vergünstigungen gewährt.

c) Soldatenfriedhöfe

Die aus dem deutsch-luxemburgischen Kriegsgräberabkommen von 1952 noch offene Frage der Kostentragung wurde dahingehend erledigt, daß die Bundesregierung die Kosten für die Unterhaltung der deutschen Soldatenfriedhöfe ab Mitte Juni 1956 übernimmt, während Luxemburg auf einen Ersatz für die vor diesem Zeitpunkt entstandenen Kosten verzichtet. Die künftig entstehenden Kosten werden ausschließlich von der deutschen Seite getragen.

8. Beteiligung der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland

Beide Länder sind zu der Behandlung aller sie berührenden Fragen herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für die Probleme im Zusammenhang mit der Rückgabe des grenznahen Grundbesitzes und der Finanzierung des Wiederaufbaus der Grenzbrücken. Das Ergebnis dieser Erörterungen ist in einem besonderen Vertrag (gleichfalls vom 11. Juli 1959) zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland einerseits und Luxemburg andererseits festgehalten worden. Hierin ist eine deutsche Betei-

ligung an der Finanzierung des Wiederaufbaus der zerstörten Grenzbrücken vorgesehen. Gleichzeitig werden die bisher für die einzelnen Brücken unterschiedlich verteilten Unterhaltskosten für alle Grenzbrücken künftig grundsätzlich hälftig von den beiderseitigen Brückenunterhaltspflichtigen getragen.

9. **Schlußerklärung**

Soweit die behandelten Fragen im Vertrag eine Regelung finden, sind sie endgültig erledigt. Keine der beiden Vertragsparteien kann dieserhalb in Zukunft erneut Forderungen gegen den anderen Partner stellen.

Zwischen den Vertragspartnern besteht Einvernehmen darüber, daß es bezüglich der luxemburgischen Ansprüche, deren Behandlung im Vertrag ganz oder teilweise ausgeschlossen war, bei den einschlägigen Bestimmungen der internationalen Abmachungen bleibt, die für beide Staaten bindend sind.

10. **Politische Bedeutung**

Der Vertrag stellt einen weiteren Beitrag zur Bereinigung der zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Nachbarn noch bestehenden Kriegsfolgenprobleme dar. Er gibt den deutsch-luxemburgischen Beziehungen eine neue Grundlage, indem er sie von den durch die Kriegsfolgen verursachten Belastungen befreit, und ebnet den Weg für eine weitere positive Zusammenarbeit in allen die Bundesrepublik und das Großherzogtum Luxemburg berührenden politischen Fragen.

II.

Begründung des Gesetzes

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er die politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Luxemburg regelt und sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Absatz 1 stellt klar, daß auf die unter Artikel 5 des Vertrages fallenden Personen grundsätzlich die innerstaatlichen deutschen Rechtsvorschriften, also auch das deutsche Fremdrenten- und Auslandsrentenrecht, anzuwenden sind.

Absatz 2 regelt die Behandlung der nach dem Vertrag von den deutschen Rentenversicherungen zu übernehmenden Versicherungszeiten. Die Regelung unterscheidet zwischen Versicherungszeiten, die während der Geltung des deutschen Reichsrechts und solchen, die außerhalb der Geltungsdauer des deutschen Reichsrechts in Luxemburg zurückgelegt worden sind. Die erstgenannten Zeiten sollen mit den nach früherem Reichsrecht im Geltungsbereich des Gesetzes zurückgelegten Beitragszeiten in vollem Umfang gleichgestellt werden. Die außerhalb der Geltungsdauer des deutschen Reichsrechts zurückgelegten Versicherungszeiten sind dagegen den im Geltungsbereich des Gesetzes zurückgelegten Versicherungszeiten nur in bezug auf die Leistungsgewährung an Berechtigte mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes gleichgestellt. Im übrigen sind sie den nach den Vorschriften des Fremdrentenrechts anzurechnenden Versicherungszeiten gleichgestellt.

Absatz 3 bestimmt die Anwendung der Absätze 1 und 2 auf Versicherungsfälle, die vor dem Inkrafttreten des Vertrages eingetreten sind.

Absatz 4 regelt die Aufteilung und Zahlung des an Luxemburg zu leistenden Pauschbetrages auf den Bund und die Versicherungsträger. Dabei ist das Verhältnis berücksichtigt, in dem der Betrag zu verteilen wäre, wenn in dieser Höhe am Tage der Unterzeichnung des Vertrages auf Grund der auf die luxemburgischen Träger übergegangenen Versicherungszeiten von Trägern der Rentenversicherung im Geltungsbereich des Gesetzes Renten hätten bezahlt werden müssen.

Absatz 5 regelt die Abwicklung der nach den Anlagen 1 und 2 des Vertrages vorzunehmenden weiteren Zahlungen.

Absatz 6 beseitigt Auslegungszweifel, die sich bisher bei der Anwendung des § 3 des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes in bezug auf die Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung in Luxemburg vom 30. September 1940 über die Durchführung der Sozialversicherung in Luxemburg ergeben haben und sieht die Neufeststellung der nach dem Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz festgestellten Leistungen vor, denen in Luxemburg zurückgelegte Versicherungszeiten zugrunde liegen.

Zu Artikel 3

Der Vertrag soll nach seinem Artikel 24 auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Der Tag, an dem der Vertrag für die Bundesrepublik in Kraft tritt, richtet sich nach seinem Artikel 25 Abs. 2 und ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bo 12 698 5. 60